

## Fünf Jahre und zwei Koalitionsverträge: Die Wandlung der Grünen in Nordrhein-Westfalen

### 1. Zwischen Reformeuphorie und pragmatischer Skepsis

Als 1995 in Nordrhein-Westfalen (NRW) die rot-grüne Koalition ihre Regierungsgeschäfte aufnahm, herrschte nur bei Bündnis 90/Die Grünen helle Freude. Sie hatten auf die rot-grüne Konstellation hingearbeitet, erwarteten von dort eine Chance für sozial-ökologische Reformen und ein „deutliches Signal für Bonn“<sup>1</sup>. Bei der nächsten Bundestagswahl sollte die konservativ-wirtschaftsliberale Koalition abgelöst und durch ein rot-grünes „Bündnis“ ersetzt werden.

Der nordrhein-westfälische Landesverband der SPD hingegen hatte auf die absolute Mehrheit gesetzt, den Wahlkampf ganz auf die Person des seinerzeitigen Ministerpräsidenten zugeschnitten, inhaltliche Ankündigungen in den Hintergrund verschoben, das „Weiter so“ zum Programm erhoben – und verloren. Daher benötigte die SPD, die von 1980 bis 1995 mit absoluter Mehrheit und zuvor 13 1/2 Jahre in einer Koalition mit der FDP regiert hatte, geraume Zeit, den Machtverlust zu verarbeiten und sich auf Koalitionsverhandlungen mit den Bündnisgrünen einzulassen<sup>2</sup>.

Der unterschiedlichen Wahrnehmung dieser Gespräche durch die beiden Parteien und ihre jeweilige Anhängerschaft entsprachen die entgegengesetzten Erwartungen an das zu erzielende Ergebnis. Während Grüne den „Countdown für die Ära Kohl“<sup>3</sup> und eine „historische Chance“<sup>4</sup> gekommen sahen und einer ihrer Verhandlungsführer vom Beginn einer „Erfolgsstory“ schwärmte<sup>5</sup>, hängte die Sozialdemokratie die Messlatte deutlich niedriger. Da war davon die Rede, dass sich das Land „weder als Modellprojekt noch als politischer Feldversuch“ eigne<sup>6</sup>. „Erst in der kommenden Zeit“ werde sich zeigen, ob sich aus der Koalition „eine gemeinsame Reformpolitik entwickeln kann“<sup>7</sup>.

Weil den präsumtiven Partnern nachgesagt wurde, innerhalb ihrer Bundesparteien jeweils Extrempositionen einzunehmen – auf der einen Seite die „strukturkonservative“ NRW-SPD, auf der anderen der „fundamentalistische“ Landesverband der Grünen<sup>8</sup> –,

1 Landesvorstandssprecher *Reiner Priggen*, in: Deutsche Presse-Agentur (dpa) NRW vom 7.12.1994.

2 „Mit Rau lehnte fast der gesamte Landesverband der SPD in Nordrhein-Westfalen die Öffnung zu den Grünen rundweg ab.“ (*Hubert Kleinert*, Vom Protest zur Regierungspartei. Die Geschichte der Grünen, Frankfurt a.M. 1992, S. 135).

3 *Krista Sager*, Sprecherin des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen, in: Neue Rhein Zeitung (NRZ) vom 3.7.1995.

4 *Ludger Volmer*, in: die tageszeitung (taz) vom 3.7.1995.

5 Vgl. Rheinische Post (RP) vom 11.5.1996.

6 *Johannes Rau*, Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender, in: NRZ vom 1.6.1995.

7 *Franz Müntefering*, Interview mit der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 1995, H. 84, S. 6 – 10, hier S. 6.

8 Vgl. *Daniel Kreutz*, Rot-Grün wird, was rote und grüne Reformkräfte daraus machen, in: spw, 1995, H. 84, S. 11 – 12, hier S. 11.

fokussierte sich das öffentliche Interesse in höherem Maße auf den Beginn, den Fortgang, die Rückschläge und das Ergebnis der Absprachen, als dies bei Koalitionsverhandlungen üblicherweise der Fall ist<sup>9</sup> (abgesehen vielleicht von den ersten rot-grünen Gesprächen 1982 in Hamburg und 1985 in Hessen). Nach vierwöchigem Verhandlungsmarathon wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet. Am 1. Juli 1995 segneten die Bündnisgrünen ihn auf einer Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im Wallfahrtsort Kevelaer mit 238 gegen 20 Stimmen ab; am Tag darauf sprach sich die SPD auf ihrem Hagener Landesparteitag mit 303 von 319 Stimmen für die Koalition aus.

Etwas anders verhielten sich Zustimmung und Ablehnung beim zweiten rot-grünen Koalitionsvertrag im Juni 2000: Während die Bündnisgrünen eine Neuauflage von Rot-Grün mit nur knapp 57 Prozent befürworteten (153 gegen 110 Stimmen, sechs Enthaltungen), nachdem etliche Kreisverbände und drei Landtagsabgeordnete (von 17) für ein Nein zu dieser Koalition geworben hatten, entschied sich die SPD einstimmig (bei einer Enthaltung) dafür, vorerst weiter mit den Grünen zu regieren.

Es scheint, dass sich die Reformeuphorie der einen in den fünf Jahren der 12. Wahlperiode des Landtags NRW in pragmatische Skepsis, und die frühere Reserviertheit der anderen in Selbstgewissheit verwandelt haben. Ausschlaggebend dafür waren zum einen die Erfahrungen, die die koalierenden Parteien und Fraktionen inzwischen miteinander gemacht hatten; zum anderen der Vergleich der Ziele und Inhalte des alten und des neuen Koalitionsvertrags und vor allem die Erwartungen, die sich an das neue Übereinkommen knüpften.

Im Folgenden soll dargestellt und analysiert werden, welchen Einfluss die Zusammenarbeit in einer Landesregierung mit der SPD auf die programmatische und strategische Ausrichtung der bündnisgrünen Partei in Nordrhein-Westfalen ausübte.

## *2. Einigungsmängel der rot-grünen „Reformregierung“ von 1995*

Während sich die SPD bis zur Landtagswahl 1995 nicht mit Koalitionsfragen beschäftigte, hatten die Grünen bereits ein Jahr zuvor kund getan, dass sie – „wenn es rechnerisch möglich ist“ – bereit seien, „mit der SPD zusammen die nächste Landesregierung zu stellen, um ökologisch-soziale Reformen durchzusetzen“<sup>10</sup>. In ihrem Wahlprogramm wiederholten sie ihr Koalitionsangebot und kündigten für diesen Fall einen „politischen Kurswechsel“ im Land sowie eine „Reformregierung“ an. Die Voraussetzungen dafür sahen insofern nicht schlecht aus, als das Wahlprogramm der nordrhein-westfälischen SPD in zahlreichen Politikfeldern mit den Vorstellungen der Grünen wenn nicht übereinstimmte (zum Beispiel bei der Politik für Menschen mit Behinderungen, der Absicht, ein Frauen-Gleichstellungsgesetz zu schaffen und verlässliche Unterrichtszeiten an den Primarschulen zu gewährleisten), so doch kompatibel erschien. Weil zudem der landes- und

<sup>9</sup> Vgl. *Gerhard Gräber*, Grüne Macht medial betrachtet. Grüne Regierungsbeteiligungen im Spiegel der Presse, in: *Winfried Thaal/Dieter Salomon/Gerhard Gräber* (Hrsg.), *Grüne an der Macht. Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen*, Köln 1994, S. 131 – 149, hier S. 138 f.

<sup>10</sup> Bündnis 90/Die Grünen NRW, Landespolitische Erklärung, beschlossen auf der LDK in Troisdorf, 7./8.5.1994.

bundespolitische Dissens zwischen Bündnisgrünen und CDU (Atomenergie, Asyl- und Migrationsproblematik, Bürgerrechte und Drogenpolitik) unüberbrückbar war, festigte sich bei den Grünen die Meinung, dass es „keine vernünftige Alternative“ zu Rot-Grün gebe.

Beinahe übersehen wurde dabei, dass es abseits der Übereinstimmungen erhebliche Gegensätze in zentralen Themen gab: Energiepolitisch herrschte zwar Einvernehmen darüber, dass das Sparen von Energie ebenso gefördert werden sollte wie der Einsatz erneuerbarer Energieträger. Auch in Bezug auf die Nutzung der Atomenergie bestand, soweit es die Abschaltung des Kernreaktors in Würgassen betraf, Konsens. Bei den Themen Steinkohle (Nordwanderung ins Münsterland hinein sowie deren Subventionierung über 2015 hinaus) und Braunkohleverstromung (Aufschluss des Tagebaus Garzweiler II im Dreieck Köln-Aachen-Mönchengladbach) trafen die Positionen der koalierenden Parteien hart aufeinander. Ebensowenig stimmten sie hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Straßenverkehrs überein. Entkleidete man ihre programmatischen Ankündigungen von Leerformeln wie „Vermeiden“, „Verbessern“, „Verlagern“, zeigte sich offener Dissens in der Frage, ob der Bau von Landes- und Bundesstraßen künftig unvermindert fortgeführt (SPD) oder drastisch reduziert (Grüne) werden sollte.

Ähnlich verhielt es sich beim Luftverkehr: 1991 hatte die sozialdemokratische Alleinregierung ein Luftverkehrskonzept für das Land vorgelegt<sup>11</sup> und es kurz darauf von der Landtagsmehrheit aus SPD, CDU und FDP beschließen lassen. In 53 „Handlungsoptionen“ zeichnete es den Weg zu deutlichen Erweiterungen der Infrastrukturen heimischer Flugplätze vor und stellte die Zunahme fliegerischen Geschehens über Nordrhein-Westfalen in Aussicht. Dagegen hielten die Grünen weitere Ausbauten mit Hinweis auf die vorhandenen Kapazitäten und unter Berücksichtigung der Lärmbelastung der Anwohnerschaft ebenso wie der Klimaschädlichkeit des Luftverkehrs für „überflüssig“<sup>12</sup>. Sie forderten, die sogenannten Regionalflughäfen nicht weiter aus Landesmitteln zu subventionieren und verlangten weitgehende Nachtflugverbote.

Uneinigkeit bestand darüber hinaus in der Frage, ob zur Erreichung bestimmter Ziele das mit marktwirtschaftlichen Prinzipien durchaus vereinbare Instrument von Lenkungsabgaben anzuwenden sei. Bündnis 90/Die Grünen jedenfalls sprachen sich dafür aus, solche Abgaben unter anderem im Bereich der Ausbildungsplatzfinanzierung, der Energie- und Ökologiepolitik sowie des Nahverkehrs zu erheben.

In ihrer Koalitionsvereinbarung versicherten beide Parteien eingangs, „die ökonomische und ökologische Erneuerung Nordrhein-Westfalens in sozialer Verantwortung weiterentwickeln“ zu wollen. Erstes Ziel seien die Verminderung der Erwerbslosigkeit, besonders die der Jugendlichen und der Langzeitarbeitslosen, sowie die Schaffung qualifizierter Ausbildungsplätze. Ein mit 13,1 Mrd. DM ausgestattetes „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“ sollte „neue Schwerpunkte und Akzente im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens“ setzen. Energiepolitisch wurden Effizienzsteigerungen sowie eine rationelle und umweltverträgliche Verwendung fossiler Energieträger verabredet. Gleichzei-

11 Vgl. Landtag NRW, Vorlage 11/992 vom 16.12.1991.

12 Vgl. die Landtagsreden der grünen Abgeordneten *Gisela Nacken* und *Brigitte Schumann*, Plenarprotokoll 11/69 vom 2.7.1992, S. 8554 – 8556 und 8560 f.; Was wollen wir für NRW erreichen? Landtagswahlprogramm 1995 von Bündnis 90/Die Grünen NRW, Düsseldorf 1995, S. 29.

tig jedoch vereinbarten beide Parteien die stärkere Förderung und Nutzung regenerativer Energien sowie die Außerbetriebsetzung des letzten Atomkraftwerks in Nordrhein-Westfalen. Einen „dicken Brocken“ für beide Seiten bildete Garzweiler II, ein großformatiges Tagebauvorhaben der Rheinischen Braunkohlenwerke AG (kurz: Rheinbraun), einer Tochter der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) AG<sup>13</sup>.

Auf einer Fläche von 48 Quadratkilometern und bis zu einer Tiefe von 210 Metern sollen im Laufe von rund 40 Jahren 1,3 Milliarden Tonnen Braunkohle gewonnen werden. 7.600 Menschen aus 11 Ortschaften wären dazu umzusiedeln und das Grundwasser würde in einem Gebiet von 3.000 Quadratkilometern, bis in die Niederlande hinein und unter Beeinträchtigung des Naturparks Maas-Schwalme-Nette, deutlich sinken<sup>14</sup>. Als oberste Landesplanungsbehörde hatte die SPD-Regierung mit der Genehmigung des Braunkohlenplans für Garzweiler II sechs Wochen vor der Landtagswahl vollendete Tatsachen geschaffen<sup>15</sup>. Für die Grünen entfaltete das Nein zu diesem Projekt im Landtagswahlkampf beinahe so etwas wie identitätsstiftende Wirkung; die SPD argumentierte hingegen, dass sich der Protest gegen die Braunkohleförderung nicht mit der Ablehnung von Atomkraft und Importkohle verträglich<sup>16</sup>. So wie die Grünen für ihr Nein sah die SPD für ihr Ja zu Garzweiler II keine Alternative: Auf dem Spiel stand für sie immerhin der Bruch mit der Bergarbeitergewerkschaft sowie Teilen der IG Metall (Anlagenbau) und der ÖTV (Kraftwerkebelegschaften)<sup>17</sup>. Zwar soll der männliche Spitzenkandidat der Grünen und nachmalige stellvertretende Ministerpräsident im Westdeutschen Rundfunk (WDR) erklärt haben, er „glaube nicht, dass Garzweiler II diese Koalitionsverhandlungen überleben wird“<sup>18</sup>, doch im Ergebnis kam nicht mehr heraus, als „ein Zeitfenster für die Abwicklung des Projektes zu öffnen“<sup>19</sup>.

Auch in Sachen Verkehr gelang es nicht, belastbare Übereinkünfte zu treffen. Wie widersprüchlich die im Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Ziele waren, zeigte sich beispielsweise daran, dass die Zusicherung, sich „aktiv für eine Verkehrswende in Deutschland und in der Europäischen Union ein[zusetzen]“, unvereinbar war mit dem klassischen Bekenntnis hergebrachter Verkehrspolitik, „die für die Wirtschaft notwendige und die von den Menschen gewünschte Mobilität ermöglichen“ zu wollen. Besonders in der Beurteilung des Straßenbaus war es nicht möglich, Deckungsgleichheit zwischen den Koalitionsparteien herzustellen. Zwar verständigten sie sich auf die Ablehnung, Überprüfung oder Streichung verschiedener Vorhaben; zugleich sicherten sie dem künftigen Landesstraßenbedarfsplan indes konstante Jahresraten von 150 Millionen DM zu. Der

13 Vgl. dazu Dieter Schweer (Hrsg.), „Der gläserne Riese“: RWE – ein Konzern wird transparent, Wiesbaden 1998; Lutz Mez, RWE: ein Riese mit Ausstrahlung, Köln 1996.

14 Eusebius Wirdeier/Johannes Nitschmann, Garzweiler oder wie die Braunkohlen-Connection eine ganze Region verheizt. Mit einem Vorwort von Bärbel Höhn, Köln 1995, S. 21; „Grüne Zeitung“, Mitgliedermagazin von Bündnis 90/Die Grünen NRW, 1995, H. 5, S. 10 f.

15 Katrin Hater, Gesellschaftliche Lernprozesse im politischen Diskurs. Eine Fallstudie zum Diskurs um das Braunkohletagebauvorhaben Garzweiler II, Diss. Aachen 1999, S. 61.

16 Erneuerung aus eigener Kraft. Regierungsprogramm 1995 – 2000 (Entwurf), hrsg. vom SPD-Landesverband NRW, o.O., o.J. (1995), S. 14.

17 Vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) vom 10.6.1995; Düsseldorf-Express (DE) vom 3.7.1995.

18 Zitiert nach Eusebius Wirdeier/Johannes Nitschmann, a.a.O., S. 54.

19 Bärbel Höhn, Vorwort, in: Eusebius Wirdeier/Johannes Nitschmann, a.a.O., S. 11 – 14, hier S. 13. Die Autorin distanzierte sich wenig später in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 31.10.1995 von dem Buch.

grundsätzliche Dissens über die weitere infrastrukturelle Entwicklung des Straßenverkehrs wurde damit nicht überbrückt.

In sich widersprüchlich war auch die Übereinkunft zum Luftverkehr. So sollte einerseits ein „Einstieg in luftverkehrsdämpfende politische Maßnahmen“ stattfinden; andererseits sollte „die Leistungsfähigkeit unserer internationalen Flughäfen“ gesichert werden. Dies aber konnte unter Berücksichtigung der Luftverkehrskonzeption für Nordrhein-Westfalen nur stetige Anpassung an vermeintliche Bedarfe heißen.

Mit Bezug auf die Erhebung von Lenkungsabgaben stimmten SPD und Grüne „grundsätzlich“ darin überein, dass sie „ein sinnvolles Instrument zur Zurückdrängung ökologisch unerwünschter Verhaltensweisen und zur Finanzierung ökologisch sinnvoller Investitionen sein können“. Es würden damit aber, drückte die SPD durch, „vielfältige Fragen“ aufgeworfen, die zunächst gutachtlich geprüft werden müssten. Erst danach könne über das Ob und Wie von Ökoabgaben entschieden werden. Damit war diese Thematik wie Garzweiler II auf die verlängerte Bank geschoben.

### 3. Von Bonbons und Bonbonpapier

Die SPD hatte 1995 ihre absolute Mehrheit verloren. Außer Bündnis 90/Die Grünen stand ihr nur die CDU als möglicher Mehrheitsbeschaffer zur Verfügung, da die FDP aus dem Landtag herausgewählt worden war. Auch für Bündnis 90/Die Grünen war rechnerisch eine Mehrheitsbildung mit der Union möglich, mit der sie seit 1994 in einer Reihe von Kommunen regierten<sup>20</sup>. Die SPD hatte daher, auch aus Rücksicht auf die bundespolitische Szene und weil eine Große Koalition erheblich höhere „Kosten“ in Form von Ministersesseln und echten Kompromissen verursacht hätte als Rot-Grün, keine Alternative zu einer Verbindung mit den Grünen. Dies war – auch wenn der seit 1978 amtierende Ministerpräsident *Johannes Rau* „in manchen Bereichen ganz weit weg“ war „vom Denken meiner Gesprächspartner“<sup>21</sup> – entscheidend dafür, dass sich die Sozialdemokratie doch mit ihnen einließ.

Die Verbindung war, wie der grüne Landesvorstandssprecher in seltener Einmütigkeit mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion formulierte, „keine Liebesheirat“<sup>22</sup>, sondern wurde – jedenfalls von der SPD – als „Zweckbündnis auf Zeit“ betrachtet, wobei die Hoffnungen sich auf die Wiedergewinnung der absoluten Mehrheit bei den nächsten regulären Landtagswahlen oder zu jedem beliebigen Zeitpunkt davor richteten<sup>23</sup>. Dementsprechend wenig entwickelt war beim größeren Koalitionspartner die Neigung, auf Wünsche, politische Konzeptionen und Empfindlichkeiten des kleinen Rücksicht zu nehmen.

20 Vgl. *Jürgen Hoffmann*, Schwarz-grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik. Gründe, Erfahrungen, Folgerungen, Sankt Augustin 1997, S. 29.

21 Aachener Nachrichten (AN) vom 21.10.1995.

22 Westfälische Rundschau (WR) vom 12.12.1994 (*Reiner Priggen*); Westfälische Nachrichten (WN) vom 8.7.1996 (*Klaus Matthiesen*).

23 Vgl. NRZ vom 12.3.1996; *Johannes Rau*: „Die beste Koalition ist die mit sich selber“ (dpa NRW vom 6.3.1996).

Das erwies sich erstmals in der Sommerpause, die auf die Koalitionsbildung und die Wiederwahl des Ministerpräsidenten folgte: Im Koalitionsvertrag war festgehalten worden, dass über das erwähnte Zukunftsinvestitionsprogramm hinaus 600 Millionen DM zur Finanzierung der „politischen Vorhaben der beiden Koalitionspartner, die in dieser Vereinbarung fixiert sind“, bereitgestellt und einzelne Vorhaben bereits in einem Nachtragshaushalt 1995 anfinanziert werden sollten. In einer nicht veröffentlichten Anlage zum Koalitionsvertrag hatten die Partner detailliert aufgelistet, welche Vorhaben mit welchen Beträgen auszustatten seien. Als indes die grüne Seite an die Realisierung dieser Vereinbarung herangehen wollte, unternahmen es seinerzeit führende Sozialdemokraten, nicht allein dieses Unterfangen zu kritisieren<sup>24</sup>; sie stellten zunächst sogar die Existenz der 600-Millionen-DM-Liste in Abrede; als dies scheiterte, bestritten sie deren Verbindlichkeit<sup>25</sup>. Der Konflikt löste sich erst im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Nachtragshaushalt auf<sup>26</sup>. Hier gelang es den Bündnisgrünen, einige für sie wichtige Anliegen zu verankern, etwa Gelder für Beratungsstellen gegen den Frauenhandel oder die Anhebung der Förderung nichtbundeseigener Eisenbahnen<sup>27</sup>. Zugleich bildeten die Haushaltsverhandlungen jedoch den Anlass für eine zweite Auseinandersetzung auf einem Feld, von dem die Grünen nicht erwartet hatten, dass es dort zum Streit kommen würde: beim Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“, das die SPD-Regierung in den 1980er Jahren eingeführt und seitdem mit großem Erfolg fortgeschrieben hatte. Es verhilft Erwerbsarbeit suchenden Sozialhilfeempfängern zu befristeter Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt und entlastet die Träger der Sozialhilfe mittelfristig von Kosten. 1995 allerdings planten der Finanzminister und die SPD, 800 der 3.000 bisher aus diesem Programm bereitgestellten Stellen erst 1996 zu finanzieren und die Laufzeit von zwei Jahren auf eines zu verkürzen<sup>28</sup>. Nach öffentlich ausgetragenem Streit kam erst mit Abschluss der Haushaltsberatungen zwischen den Landtagsfraktionen eine Einigung zustande, die es beiden Seiten erlaubte, ihre Gesichter zu wahren.

Wenige Wochen nach dem Nachtragshaushaltsstreit geriet eine Personalie zum öffentlich zelebrierten Konflikt: die Besetzung des Verwaltungsrates der Westdeutschen Landesbank (WestLB). Dieses Gremium der öffentlichrechtlichen Bank in Nordrhein-Westfalen, an der das Land einen 43,16-prozentigen Anteil hält, war nach der Landtagswahl landesseitig neu zu besetzen. Aus der Tageszeitung erfuhren die Grünen, dass der Finanzminister, *Heinz Schleußer*<sup>29</sup>, entgegen ihren Erwartungen nicht auch einen der Ihren berufen hatte, sondern für den Bereich Politik außer dem Fraktionsvorsitzenden der SPD auch den der CDU. Was letztendlich entscheidend war für diesen Coup – der Wunsch, eine informelle Große Koalition als permanente Konkurrenz zu Rot-Grün aufzubauen, oder die persönliche Abneigung des Finanzministers gegen den grünen Kandidaten *Manfred Busch*, auf dessen Veranlassung der Verfassungsgerichtshof *Schleußers* Verständnis

24 Vgl. dazu die Darstellung in „R(h)einGrün“, Oktober 1995, Nr. 17, S. 2.

25 Vgl. NRZ vom 3.8.1995.

26 Vgl. Schreiben des finanzpolitischen Sprechers vom 8.8.1995 an die grüne Landtagsfraktion.

27 Vgl. Landtag NRW, Plenarprotokoll 12/11, S. 622.

28 Vgl. NRZ und WR vom 1.11.1995.

29 Er, Bankchef *Friedel Neuber* und *Johannes Rau* „regiert[en] die Bank.“ Vgl. General-Anzeiger für Bonn und Umgegend (GA) vom 29.11.1995.

von Haushalts- und Verfassungsrecht zweimal gerügt hatte<sup>30</sup> – wurde nie geklärt. Zwar behaupteten Mitglieder der grünen Verhandlungsdelegation, mit der SPD die Entsendung eines Fraktionsmitglieds in dieses Aufsichtsgremium vereinbart zu haben<sup>31</sup>; indes bestritten führende Sozialdemokraten eine solche Übereinkunft<sup>32</sup>. Damit blieben die Grünen ausgesperrt, obgleich die Sprecherin und der Sprecher ihrer Landtagsfraktion diesen Vorgang als „krassen Vertrauensbruch“<sup>33</sup> beziehungsweise als „Koalitionsbruch erster Güte“<sup>34</sup> qualifizierten und die grüne Umweltministerin *Bärbel Höhn* die SPD aufforderte, zu „gucken, daß sie für uns einen Sitz freimacht. Wer geht, ist uns egal“<sup>35</sup>. Da aber die sozialdemokratische Seite unnachgiebig blieb und lediglich zusicherte, beim nächsten Ausscheiden eines Verwaltungsratsmitglieds die Wünsche der Grünen zu berücksichtigen, feixte der Fraktionsvorsitzende der CDU: „Die Grünen haben ein Bonbon verlangt und ein Bonbonpapier bekommen“<sup>36</sup>. Bis über das Ende der 12. Wahlperiode hinaus kamen die Grünen hier nicht zum Zuge.

Die Beilegung des Konflikts um den Sitz im Verwaltungsrat der WestLB markiert den Beginn eines dreistufigen grünen Rechtfertigungsmusters, das sich in den folgenden Jahren wiederholte: Zuerst wurde die Ausgangsthese oder -forderung, in diesem Falle die Behauptung, der grünen Landtagsfraktion sei ein Sitz im Verwaltungsrat zugesagt worden, gemildert oder verdreht: Es hätte „unterschiedliche Wahrnehmungen“ über das gegeben<sup>37</sup>, was in den Koalitionsverhandlungen vereinbart worden sei, verkündete die Umweltministerin im Anschluss an eine turbulent verlaufene Sitzung des für die Beilegung von Streitfällen eingerichteten Koalitionsausschusses. Diese „Missverständnisse“ seien ausgeräumt worden. Sodann wurde die Niederlage, die im vorliegenden Fall darin bestand, dass die Grünen ihren Kandidaten nicht durchsetzen konnten, bestritten: „Ich glaube nicht, daß wir zurückgesteckt haben“<sup>38</sup>. Als Drittes schließlich wurde der eigenen Klientel und der Öffentlichkeit versprochen, dass Ähnliches nicht wieder vorkomme: Man werde die Zusammenarbeit verbessern und sich intensiver koordinieren, um „die Koalition zum Erfolg [zu] führen“<sup>39</sup>.

Danach sah es gerade in den ersten Monaten nach Abschluss des Koalitionsvertrages nicht aus. Außer auf den genannten Feldern hatten die Koalitionäre auch über den Ein-

30 Diese Problematik war der grünen Fraktion bei *Buschs* Benennung bewusst. Vgl. Protokoll der 10. Fraktionssitzung vom 24.10.1995. Eine indirekte Bestätigung des persönlichen Motivs durch den Finanzminister selbst in: Focus vom 4.12.1995. Zu den VerfGH-Rügen vgl. Pressemitteilung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 3.5.1994 zu den Verfahren VerfGH 10/92 und 19/92; Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) vom 4.5.1994; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 5.5.1994.

31 Vgl. Fraktionssprecherin *Gisela Nacken* in: Bild-Zeitung vom 29.11.1995; *Reiner Priggen*, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 30.11.1995; laut Der Spiegel vom 4.12.1995 sollen „Spitzen-genossen“ diese Verabredung mit den Grünen bestätigt haben.

32 *Klaus Matthiesen*, in: RP vom 29.11.1995; Finanzminister *Heinz Schleußer*, in: Focus vom 4.12.1995.

33 RP vom 29.11.1995.

34 WDR 2, Morgenmagazin, vom 28.11.1995.

35 Die Welt vom 30.11.1995; siehe auch taz vom 2.12.1995.

36 Westfalen-Blatt (WB) vom 6.12.1995.

37 taz vom 6.12.1995.

38 Umweltministerin *Bärbel Höhn*, in: KStA vom 6.12.1995.

39 Vgl. FAZ, taz und WAZ vom 6.12.1995.

satz von PVC bei staatlichen Bauvorhaben, über die Frage, ob die Grünen das Amt des Regierungspräsidenten im großen Bezirk Münster oder im kleinsten Bezirk Detmold besetzen können, über die Zukunft der Müllverbrennung in NRW<sup>40</sup> und über die Haltung zum Instrument der Ökoabgaben ihre unterschiedlichen Positionen öffentlich ausgetauscht. Entgegen der Zielsetzung des grünen Fraktionsvorstandes, „keine Oppositionsfraktion in der Regierung“ sein zu wollen<sup>41</sup>, war genau dies das Bild, das über die Medien in die Gesellschaft hineingetragen wurde<sup>42</sup>.

#### 4. Grüne Möglichkeiten unter rot-grünen Vorzeichen

Dennoch bot die neu erworbene Regierungsbeteiligung den Grünen reichlich Gelegenheit, ihre Anliegen einzubringen. Nicht allein mit dem Nachtragshaushalt 1995 konnten die Grünen wichtige Vorhaben – mit der Aussicht auf Verstetigung – anfinanzieren. Vor allem die Übereinkünfte zur Breitenförderung rationeller Energien, die in das Ressort des grünen Bauministers fallen sollte (beim Wirtschaftsministerium verblieb die Demonstrationsförderung), bildeten das Fundament für Hoffnungen auf „eine grundlegende Neuorientierung“<sup>43</sup> der Energiepolitik. Es wurde ein Landesbodenschutzgesetz ebenso in Aussicht gestellt wie die Einführung des Verbandsklagerechts für Naturschutzverbände, der Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs, die Abwendung weiterer Stilllegungen von Schienenstrecken, eine Armutberichterstattung, die Konzentration der Landesaltenpolitik auf selbstbestimmte Wohn- und Pflegeformen, die Neubewertung so genannter weicher Drogen, die Förderung von Frauen im Handwerk und in der Wirtschaft, ein Maßnahmenpaket zur Eindämmung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Ausweitungen des Datenschutzes, eine Verbesserung der Situation von Lesben und Schwulen, die Liberalisierung des Strafvollzugs, die Einrichtung einer Härtefallkommission für ausländerrechtliche Einzelfälle und eine Weichenstellung für eine emanzipatorische Migrationspolitik. Wer auf diesen und weiteren Politikfeldern vorankommen wollte, musste sich der Aufgabe unterziehen, den jeweiligen Ansprechpartner auf sozialdemokratischer Seite in mühseligen Schritten auf dem Weg in die Realisierung des Koalitionsvertrages mitzunehmen. Nicht selten erfuhren die grünen Abgeordneten dabei, dass sie um „jeden Spiegelstrich der Koalitionsvereinbarung neu feilschen“ mussten<sup>44</sup>. Denn die erhoffte und behauptete innersozialdemokratische Gewichtsverlagerung zugunsten der sozialökologischen Reformer, von denen angenommen wurde, sie stünden der rot-grünen Option

40 Trotz eines Einspruchs der Umweltministerin setzte der zuständige Regierungspräsident (SPD) das Genehmigungsverfahren für eine neue Müllverbrennungsanlage in Köln fort. Vgl. Aachener Volkszeitung (AVZ) vom 30.8.1995; dpa NRW vom 10.10.1995.

41 „Zur Rolle und zu den Aufgaben der Landtagsfraktion nach der Koalitionsbildung“. Thesenpapier des bündnisgrünen Fraktionsvorstandes vom 1.9.1995 für die Klausurtagung der Landtagsfraktion am 4./5.9.1995.

42 Vgl. beispielsweise Welt am Sonntag (WamS) vom 20.8.1995; AVZ vom 30.8.1995; RP vom 13.10.1995; WN vom 21.10.1995; GA vom 23.10. und vom 29.11.1995; Die Welt vom 24.10.1995; NRZ vom 1.11.1995; WR vom 30.11. und vom 15.12.1995; Frankfurter Rundschau (FR) und WAZ vom 4.12. 1995; AVZ vom 16.12.1995.

43 R(h)einGrün, Oktober 1995, Nr. 17, S. 4.

44 Fraktionssprecher *Roland Appel*, in: FR vom 4.12.1995.

wohlwollend gegenüber, erwies sich im politischen Alltag als doppelte Illusion: Zum einen gab es in der nordrhein-westfälischen SPD keine relevante Gruppierung, die mit einer rot-grünen Option zu identifizieren gewesen wäre. Im Gegenteil: Die innerparteiliche Linke um den 1996 abgelösten stellvertretenden Landesvorsitzenden *Christoph Zöpel* war in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt worden<sup>45</sup>. Zum anderen repräsentierten die sogenannten Modernisierer in der SPD nicht jene Kräfte, mit denen sozial-ökologische Reformen initiiert werden konnten, sondern waren (wie die Wirtschaftsminister *Wolfgang Clement* und *Bodo Hombach*) im Gegenteil Wegbereiter eines Tabubruchs: der Ausrichtung der SPD an den konkurrenzwirtschaftlichen Interessen und globalen Strategien des großen Kapitals<sup>46</sup>.

In der Bewertung des sozialdemokratischen Partners, seiner Koalitionstreue und seiner Bindung an die rot-grüne Option schieden sich von Anfang an die Geister innerhalb der grünen Partei<sup>47</sup>. Während der rechte Flügel – gemeinhin als „Realos“ bezeichnet – meinte, in der Koalition bestünden größere Chancen als aus der Opposition heraus, den Kurs des „Tankers“ SPD verändern und Menschen überzeugen zu können statt sie abzuschrecken<sup>48</sup>, zeigte sich die Linke eher skeptisch: Jedenfalls verkündete die damalige Landesvorstandssprecherin und heutige Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, *Kerstin Müller*, mit der SPD sei „vielleicht ein Regierungswechsel, aber kein Politikwechsel“ möglich<sup>49</sup>.

Diese Verschiedenheit in der Bewertung der Grenzen und Möglichkeiten einer rot-grünen Koalition und der von ihr aussendbaren Reformimpulse hatte Realos und Linke seit jeher getrennt. Im weiteren Verlauf der Koalition vertiefte sie nicht nur die altbekannten Verständigungsschwierigkeiten innerhalb der nordrhein-westfälischen Grünen, sondern führte zusätzlich zu einer Ausdifferenzierung der zunächst im „Linken Forum“, später im „Linken Kreis“ versammelten Kräfte, die später zu einem schroffen Gegeneinander von „Regierungslinken“ und „Linken“ eskalierte.

45 Vgl. SZ vom 5.10.1995. Daher stellte eine den Grünen nahestehende postmaterialistische SPD-Linke jedenfalls in NRW keinen Faktor dar, der die Konfliktrichtigkeit verstärkt hätte, wie *Gudrun Heinrich* bei anderen rot-grünen Koalitionen meint beobachtet zu haben (Der kleine Koalitionspartner in den Ländern: Koalitionsstrategien von F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen im Vergleich, in: *Roland Sturm/Sabine Kropp* (Hrsg.), *Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden*, Baden-Baden 1999, S. 120 – 145, hier S. 137). Auch auf der Bundesebene befindet sich die Linke in der SPD inzwischen in einer strukturellen Minderheitenposition, vgl. *Klaus Dräger/Annelie Buntenbach/Daniel Kreutz*, *Zukunftsfähigkeit und Teilhabe. Alternativen zur Politik der rot-grünen Neuen Mitte*, Hamburg 2000, S. 29.

46 Vgl. Stuttgarter Zeitung (StZ) vom 3.7.1996. Plastisch brachte *Klaus Matthiesen* diese Wende mit seiner These auf den Punkt, das Land befinde sich in einem „mörderischen Standortwettbewerb“. Vgl. FAZ vom 4.3.1996.

47 Die grüne Wählerschaft favorisierte seit jeher die Koalition mit der SPD. Vgl. *Thomas Poguntke*, *Alternative Politics. The German Green Party*, Edinburgh 1993, S. 98. Unter der Parteimitgliedschaft ging der Streit um die Grundsatzfrage, ob Koalitionen überhaupt zulässig seien. Für die weitere Entwicklung vgl. *Franz Dormann*, *Die Grünen. Repräsentationspartei der Neuen Linken*, Diss. Bonn 1992, S. 150 ff., 173 ff., 188, 312 ff.

48 *Michael Vesper*, *Den Tanker bewegen*, in: taz vom 9.3.1996.

49 RP vom 7.5.1994.

Mit ursächlich hierfür waren Prozesse, die auf die Grünen insgesamt einwirkten, auf die sie selbst indes kaum Einfluss nehmen konnten. Vielmehr gab die Sozialdemokratie den Takt vor, nach dem die Koalitionäre tanzen durften. Dies war ihr nicht nur möglich, weil sie viereinhalbmal mehr Mandate in die Koalition einbrachte als die Bündnisgrünen, sondern vor allem, weil sie aufgrund ihrer langen Regierungszeit die Administration mit ihren Leuten und ihrem Denken hatte durchwirken können. Auch waren ihre Verbindungen zu Arbeitgebern, großen Unternehmen und Gewerkschaften, zu Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Einrichtungen und Mandatsträgern, der Wissenschaftsszene, den Medien und der Staatsbank bestens ausgebaut, gepflegt und in einem kaum mehr entwirrbaren Dickicht miteinander verflochten. Was Grüne auf die Tagesordnung setzen wollten, wurde und wird – sofern die SPD dies nicht eigenhändig erledigt(e) – von diesem Geflecht scheinbar unabhängiger und parteifreier Beobachter öffentlicher und kritischer Prüfung und Würdigung unterzogen. So entwickelte sich eine Trichotomie politischer Vorhaben, ohne dass hierfür eine Berechtigung aus dem Koalitionsvertrag hätte abgeleitet werden können. Auf der einen Seite signalisierte und praktizierte die SPD Kooperationsbereitschaft im Bereich „weicher“ Politikfelder und solcher, an denen ihr ebenso gelegen war wie den Grünen. Dies galt beispielsweise für die Förderung von Alternativen zu Strafverfahren und -haft, für den Hochwasserschutz oder für das Existenzgründerinnenprogramm. Auch die Eine-Welt-Politik gehörte hierher. Spannungsgeladen waren indes Gegenstände, bei denen die Sozialdemokratie Druck von rechts fürchtete (Abschiebungspraxis, Diskriminierungsverbot im Polizeigesetz, Ausweitung des Datenschutzes, „Lauschangriff“, Schulpolitik); doch erreichten diese Auseinandersetzungen nie den Punkt, an dem sich die Koalitionsfrage gestellt hätte. So weit drohte es regelmäßig nur dann zu kommen, wenn Grundanliegen ihres Geflechts betroffen waren oder der ökologische Anspruch und Gestaltungswille der Grünen gewinnwirtschaftliche Interessen und damit die industriepolitische Zuverlässigkeit und Wirtschaftsfreundlichkeit der sozialdemokratischen Regierungspartei tangierte. Dann verhärtete sich die SPD bis zur vollständigen Kompromisslosigkeit – mit der Bereitschaft, die Grünen nicht allein zu demütigen, sondern sie notfalls zum Austritt aus der Regierung zu provozieren<sup>50</sup>. Beispiele hierfür sind neben einer nachfrageinduzierenden Straßen- und Luftverkehrspolitik die Gewinnung heimischer Kohle und deren Verstromung, das Nein zu Öko- und Ausbildungsplatzabgaben, die millionenschwere Entlastung der Großkirchen beziehungsweise der ihnen zugehörigen Träger von Aufwendungen für Kindertagesstätten zu Ungunsten von Standards und von 4.000 (Frauen-)Arbeitsplätzen und die so genannte Hochschulreform.

Dennoch schuf die Notwendigkeit für beide beteiligte Seiten, zumindest in einigen anstehenden Themen Handlungsfähigkeit zu beweisen, ein Klima der Verständigung und des gegenseitigen Verständnisses, das sich mit der Dauer der Koalition verbesserte. Für die Grünen galt dies unabhängig von Links-Rechts-Zugehörigkeiten und zuweilen schien es, als wäre die persönliche Chemie ausschlaggebender für den Erfolg oder Misserfolg von Verhandlungen als etwaige Meinungsunterschiede in der Sache selbst. So gelangen auch grünen Abgeordneten, die sich „links“ verorteten, gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Partnern beachtliche Durchbrüche: zum Beispiel mit dem frauenpolitisch

50 Vgl. SZ vom 6.3.1996; RP vom 26.9.1997; WAZ vom 30.12.1997.

wichtigen Landesgleichstellungsgesetz, mit der Schaffung des Förderprogramms „Soziale Wirtschaftsbetriebe“, den Hilfen für Wohnungslose, dem Modellprojekt „Sozialbüros“, der Verstärkung der Drogen- und Suchthilfe oder einem „beispielhaften“ Landespflegegesetz. Infolgedessen verdichtete sich bei etlichen Abgeordneten im Laufe der Zeit der anfänglich nur schwache Eindruck, „den Spagat zwischen Mitgliederinteressen und der Durchsetzung des eigenen Anspruchs in der Regierungswirklichkeit hin[z]ubekommen“<sup>51</sup>. Und dies galt keineswegs allein für die Mitglieder des Realo-Lagers oder strömungsneutrale Abgeordnete. Auch von den Linken wollten etliche als „Koalitionsabgeordnete langjährige professionelle und zielstrebige Agententätigkeit für ihre gesellschaftliche Basis“ leisten<sup>52</sup>.

### 5. Rot-Grün am Abgrund (I): Verkehrs-Konflikte

Sieben Monate nach Bildung der rot-grünen Regierung schlidderten die grünen Koalitionäre in einen Konflikt hinein, dessen Härtegrade die SPD vorgab und der sich an drei vertragsrelevanten Gegenständen entzündet hatte:

In Sachen des internationalen Flughafens Köln/Bonn waren SPD und Grüne überein gekommen, „die Belastung der Anwohner durch die nächtlichen Frachtflüge so weit wie möglich zu reduzieren“. Außerdem wollte die Koalition „Verhandlungen mit den Luftfrachtunternehmen [...] führen mit dem Ziel, über eine Kernruhezeit Einvernehmen zu erzielen“. Bezüglich des umstrittenen Anschlusses dieses Flughafens an die ICE-Neubaustrecke Köln-Frankfurt/Main hatten sich die Vertragsparteien geeinigt, „über die bisher zugesagten Investitionsmittel hinaus“ keine Zuschüsse des Landes zu gewähren. Für den sozialdemokratischen Verkehrsminister indes konnten die Frachtcarrier „mit einer Kernruhezeit nicht wirtschaften“<sup>53</sup>. Auch beharrte die SPD darauf, die Schienenanbindung des Flughafens auch über den am Ende der 11. Wahlperiode genannten Landesanteil in Höhe von 300 Millionen DM hinaus mitzufinanzieren<sup>54</sup>.

Auch im zweiten Fall konfligierten die Parteien wegen eines luftverkehrspolitischen Dissenses: Obwohl SPD und Grüne vertraglich festgelegt hatten, dass „das Land [...] künftig nicht mehr den Ausbau von Flughäfen und Verkehrslandeplätzen“ fördere, sah der Entwurf für den Haushaltsplan 1996 vor, zwecks Komplementärfinanzierung von Fördergeldern aus dem Ziel 2-Programm der EU 20 Millionen DM für den erweiternden Neubau des Fluggastterminals am Dortmunder Verkehrslandeplatz bereitzustellen.

Drittens ging es um den künftigen Kurs und den Wert von Abmachungen im Bereich des Straßenverkehrs. Obgleich die Parteien im Koalitionsvertrag erklärt hatten, „die A 44 (DüBoDo) wird abgelehnt“<sup>55</sup>, hatte sich der Verkehrsminister bei seiner Landtagsfraktion einstimmige Rückendeckung dafür geholt, mit dem Bund den Weiterbau dieser Strecke auszuhandeln<sup>56</sup>. Die

51 Alexander Müller/Karsten McGovern, Nach außen hui und nach innen pfui? Über die Spielregeln und das Funktionieren von rot-grünen Koalitionen, in: Roland Sturm/Sabine Kropp, a.a.O., S. 223 – 235, hier S. 225.

52 Roland Appell/Martin Böttger, Prozeßdenken gegen statisches Betonrühren. Das Regieren verändert die NRW-Grünen, verändert die Linken, in: Andere Zeiten, 1998, H. 2, S. 7 – 11, hier S. 10.

53 Focus-Interview vom 5.2.1996.

54 Vgl. Schreiben Gisela Nackens vom 5.12.1995 an Verkehrsminister Wolfgang Clement; WP vom 2.3.1996; KStA vom 8.3.1996.

55 Das Kürzel steht für die geplante Verbindung von Düsseldorf über Bochum nach Dortmund.

56 Vgl. Handelsblatt (HB) vom 4.12.1995; WR vom 15.12.1995; FR und RN vom 31.1.1996.

dem realpolitischen Lager zuzurechnende Fraktionssprecherin der Grünen erklärte öffentlich, sich „an der Stelle [...] keinen Kompromiss vorstellen“ zu können<sup>57</sup>.

Die SPD bestritt die von den Grünen erhobenen Vorwürfe des Koalitionsvertragsbruchs. Bezüglich Köln/Bonns berief sie sich auf den ebenfalls im Koalitionsvertrag enthaltenen Satz, dass Lärmschutzmaßnahmen „nicht zu einer Gefährdung der Arbeitsplätze bei den Logistikunternehmen“ führen dürften und dass der Bonn-Berlin-Vertrag von 1994, mit dem unter anderem der Schienenbogen festgeschrieben wurde, „zu respektieren“ sei. Mit Blick auf Dortmund argumentierte sie, dass sie erstens die Grünen während der Koalitionsverhandlungen auf die Komplementärfinanzierung aufmerksam gemacht hätte<sup>58</sup> und zweitens die Förderung nicht aus dem Luftverkehrs-Kapitel des Landeshaushalts erfolge, sondern aus Mitteln der Wirtschaftsförderung<sup>59</sup>. Und hinsichtlich des Straßenbauvorhabens bei Bochum erklärte der Verkehrsminister trotz des Plans, das Teilstück auf der DüBoDo-Trasse zu bauen, es handele sich dabei „nicht um die DüBoDo“<sup>60</sup>.

Weil die Grünen gemeinschaftlich der Auffassung waren, dass es sich bei den drei Konflikten „um immer neue Verstöße von Minister *Clement* gegen den Koalitionsvertrag“ handelte<sup>61</sup>, wuchsen sie sich binnen kurzem zu einer handfesten Krise der rot-grünen Koalition aus. Hinzu kam, dass sich zwar in jenen grünen Kreisverbänden, die von den Absichten der Sozialdemokratie unmittelbar betroffen waren, strömungsübergreifend Widerstand bemerkbar machte; andernorts und in der Landtagsfraktion erschütterten sie jedoch den labilen Strömungskompromiss und bildeten eine ernsthafte Gefahr für den grünen Zusammenhalt. Dies erwies sich nachdrücklich, als Teile der Partei – vor allem mit Blick auf die noch ausstehende haushaltsrechtliche Genehmigung zur Vergabe der Mittel für den Dortmunder Flugplatz – empfahlen, die grüne Zustimmung zum Haushalt 1996 von einem Einlenken der SPD abhängig zu machen<sup>62</sup>. Dies war auch das Ziel eines entsprechenden Antrages der grünen Kreisverbände Dortmund, Bochum, Rhein-Sieg und Rhein-Berg für den Landesparteirat (LPR), das höchste Gremium zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen. In diese politischen Gefechtslage hinein, in der offen war, wie sich die SPD verhalten würde, platzte die Warnung des grünen Parteisprechers nicht an den Koalitionspartner, sondern an die eigene Mitgliedschaft: „Wer dem Haushalt nicht zustimmt, beendet die Koalition“<sup>63</sup>. Daraufhin konnte die SPD den Grünen die Verantwortung für Abbruch oder Fortführung des rot-grünen Versuchs zuschieben. Folgerichtig stellte die sozialdemokratische Landtagsfraktion klar, dass für sie „die Koalition

57 WDR-Fernsehen, „Aktuelle Stunde“, vom 1.2.1996.

58 Dies bestritt die grüne Verhandlungsteilnehmerin *Gisela Nacken*. Vgl. taz vom 22.12.1995, 2.2.1996.

59 Vgl. WDR 2, „Zwischen Rhein und Weser“, vom 27.2.96. Ein ähnliches Vorgehen praktizierte das Wirtschafts- und Verkehrsministerium bei der Ausbauförderung des Flugplatzes Mönchengladbach. Vgl. „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“, Ausgabe für die Stadt Korschenbroich, vom 11.6.1999.

60 Focus vom 5. 2. 1996; FR vom 9. 2. 1996.

61 Vgl. zum Beispiel die Pressemitteilung der bündnisgrünen Landesarbeitsgemeinschaft Verkehr vom 14.2.1996. In diesem Sinne auch ein Schreiben der Bundestagsabgeordneten *Christa Nickels* und *Ludger Volmer* an den Ministerpräsidenten. Vgl. GA und Bild-Zeitung vom 24.2.1996.

62 Vgl. Resolution des Ruhrgebietstreffens von Bündnis 90/Die Grünen vom 25.1.1996.

63 NRZ vom 22.2.1996.

beendet ist, wenn Bündnis 90/Die Grünen den Einzelplan des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr im Parlament ablehnen sollte<sup>64</sup>. Nicht nur kam für die SPD eine Minderheitsregierung in Frage; auch die CDU empfahl sich eilends als Regierungspartnerin<sup>65</sup>. Unter dem Eindruck dieser veränderten Sachlage hatte „der Realo-Flügel [...] Oberwasser“ auf der Parteiratssitzung<sup>66</sup>: Nur mehr der Ausbau des Flughafens Dortmund wurde mit dem Haushalt verknüpft<sup>67</sup>; die Meinungsverschiedenheiten um den Flughafen Köln/Bonn und um die DüBoDo sollten, weil nicht haushaltsrelevant, einer gesonderten Erörterung vorbehalten werden<sup>68</sup>.

In der Landtagsfraktion stritten Rechte und Linke über die angemessene Ausführung des LPR-Beschlusses. Zwar waren sich beide Seiten einig, dass nur die für Mitte März einberufene LDK befugt wäre, koalitionsbeendende Schritte zu unternehmen<sup>69</sup>. Weil aber zuvor die zweite Lesung des Haushalts im Landtag anstand, stellte sich die Frage, wie dem Parteibeschluss Genüge zu tun wäre. Die Linken wollten die Ankündigung der SPD wörtlich verstanden wissen und schlugen daher vor, den Etat des Verkehrsministeriums nicht abzulehnen, sondern sich in zweiter Lesung der Stimme zu enthalten. Damit würde der SPD der Ernst der Lage nochmals vor Augen geführt und der LDK würden alle Optionen offengehalten: Stimme sie aufgrund eines Einlenkens der SPD für die Fortführung der Koalition, würde dem Haushalt in dritter Lesung zugestimmt; stimme sie auf dem Hintergrund einer starren Haltung des Koalitionspartners dagegen, könne der Etat dann abgelehnt und damit die Koalition beendet werden<sup>70</sup>. Dagegen argumentierten die Realos, der LPR-Beschluss sei „kein Dogma“<sup>71</sup>, man dürfe sich durch die Bürgerinitiativen nicht die politischen Handlungsspielräume nehmen lassen<sup>72</sup>, „mit der CDU würde alles doch nur schlimmer“ und es müssten die grünen Erfolge mit den Niederlagen abgewogen werden. Eine Enthaltung, wie die Linken sie vorschlugen, käme einer Ablehnung gleich und bedeutete das Ende der Koalition<sup>73</sup>. Auch der Bundesvorstand sandte Ermahnungen nach Düsseldorf<sup>74</sup>. Als sich vom linken Flügel nicht allein die Umweltministerin

64 Beschluss der SPD-Landtagsfraktion vom 27.2.1996.

65 Vgl. SZ vom 28.2.1996; RP und NRZ vom 29.2.1996.

66 RP vom 26.2.1996.

67 Der SPD-Vorsitzende *Rudolf Scharping* kritisierte die Grünen mit Blick auf den 87 Milliarden-DM-Haushalt des Landes NRW mit den Worten: „Wer so bekloppt ist, wegen zwei Pfennig von 87 Mark eine ganze Perspektive zu versauen, der hat von Politik überhaupt nichts verstanden“ (HB vom 4.3.1996). Diese Polemik hätte indes ebensogut auf die Landes-SPD gemünzt sein können.

68 Vgl. Die Welt vom 26.2.1996.

69 Vgl. Schreiben der Fraktionssprecherin und des -sprechers vom 8.3.1996 an die KVe und die LDK-Delegierten.

70 Vgl. „Warum wir uns bei der zweiten Lesung des Landeshaushalts enthalten werden“. Rundschreiben der Fraktionsminderheit vom 7.3.1996 an alle KVe und LDK-Delegierten.

71 So wörtlich der Landesvorstandssprecher, vgl. RP vom 6.3.1996.

72 Vgl. NRZ vom 22.2.1996; Bauminister *Michael Vesper*, in: Der Spiegel vom 4.3.1996.

73 Der Realo-Flügel beharrte während der Fraktionssitzung vom 5.3.1996 auf dieser Ansicht. In einem Vier-Augen-Gespräch bestätigte *Klaus Matthiesen* dem Verfasser im Herbst 1998, kurz vor seinem Wechsel auf den Vorstandsvorsitz eines RWE-nahen Recyclingunternehmens, dass die SPD eine Enthaltung der gesamten grünen Fraktion bei der zweiten Lesung hingenommen hätte, ohne die Koalition für beendet zu erklären.

74 Telefax der Bundesvorstandssprecherin *Krista Sager* vom 5.3.1996 an die Landesvorstandssprecherin und die Fraktionssprecherin.

diesen Ansichten anschloss, sondern weitere Abgeordnete, nahm von der darauffolgenden Abstimmung, die mit 13 zu elf zugunsten der Realo-Meinung ausfiel, die Spaltung der Linken in den NRW-Grünen ihren Ausgang. Künftig vereinten sich „virtuelle“ oder „Regierungs-Linke“ und „Fundis“ oder „Linke“ aus Nordrhein-Westfalen nur mehr im „Babelsberger Kreis“, der informellen Runde auf Bundesebene; zu Hause fanden sie zu keiner gemeinsamen Position zurück und interpretierten die koalitionspolitische Lage fortan fast durchgängig gegensätzlich.

Am 16. März 1996 sollte die LDK in Hamm über die Fortsetzung der Koalition entscheiden. Da die SPD den Grünen in keinem Punkt entgegengekommen war (*Clement*: „Man muß sich nur zu meinen Wegen, die ich vorgeschlagen habe, bekennen.“)<sup>75</sup>, verstärkte sich an der grünen Basis der Unwille zur Weiterführung der Koalition<sup>76</sup>. Nach ganztägiger Debatte, an der sich auch der seinerzeitige Bundesvorstandssprecher *Jürgen Trittin* beteiligte, der Rot-Grün bereits im Vorfeld für „unzerstörbar“ erklärt hatte<sup>77</sup>, stimmte schließlich – auch dank einer geschickten Parteitagsregie – eine Mehrheit von 145 gegen 75 dafür, weiterzumachen<sup>78</sup>. Allerdings sollte, so hieß es in dem entsprechenden LDK-Beschluss, eine „gesellschaftliche Offensive [...] für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ gestartet werden, „der die Energie- und Verkehrswende umfaßt“. Damit war der Weg für die Zustimmung der Landtagsfraktion zum Haushalt frei; gleichzeitig wurde versichert, den Widerstand gegen die strittigen Verkehrsprojekte weiter zu unterstützen – jedoch ohne „zeitliche und inhaltliche Ultimaten zu stellen“. Die SPD wurde ermahnt, das Gespräch zu suchen und einen fairen, partnerschaftlichen Umgang zu pflegen. Der Informationsfluss sollte verbessert werden. Die Umweltministerin kündigte einen „Neuanfang auf Grundlage des Koalitionsvertrages“ an<sup>79</sup> und versprach, die Grünen würden „keine Kröten mehr schlucken“<sup>80</sup>. Das Ja der LDK zur Koalition sei „ein positives Signal für eine rot-grüne Alternative auf Bundesebene“<sup>81</sup>.

## 6. Rot-Grün am Abgrund (II): Braunkohletagebau Garzweiler II

Ein zweites Mal geriet die Koalition an den Abgrund, nachdem der Wirtschaftsminister gegen die mehrfach – auch schriftlich – vorgetragene Einwände der grünen Umweltministerin kurz vor Jahresende 1997 den Rahmenbetriebsplan für Garzweiler II genehmigt hatte. Für Bündnis 90/Die Grünen war dies der „Ernstfall“ – so hatte es jedenfalls deren Landesvorstandssprecher versichert<sup>82</sup>, weil das Abbauvorhaben energiewirtschaftlich

75 FAZ vom 13.3.1996.

76 Vgl. FR vom 13.3.1996.

77 Der Spiegel vom 11.3.1996.

78 Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 16.3.1996 in Hamm. Zu dessen Zustandekommen vgl. Westdeutsche Zeitung (WZ) vom 18.3.1996.

79 taz vom 18.3.1996.

80 WN und RN vom 18.3.1996.

81 DE vom 18.3.1996.

82 Interview in: Die Welt vom 23.10.1997. Am 5.9.1996 hatte *Reiner Priggen* in einem gemeinsam mit dem grünen Abgeordneten *Gerd Mai* verfassten Brief an die KVe, die Abgeordneten und Mitarbeiter der Landtagsfraktion klargestellt: „Für uns ist eindeutig [...], daß eine Fortsetzung der Koalition bei Genehmigung des beantragten Rahmenbetriebsplans zu Garzweiler II

nicht notwendig, ökologisch unbeherrschbar und sozial unverträglich sei<sup>83</sup>. Im Frühjahr 1997, kurz bevor der Verfassungsgerichtshof die Klagen der Grünen und verschiedener Kommunen gegen die Genehmigung des Braunkohlenplans noch durch die rote Alleinregierung abwies, hatte eine LDK in Borken „von der Landtagsfraktion, dem Landesvorstand und allen übrigen Gremien der Partei“ nahezu einstimmig gefordert, dass „sie konsequent die ablehnende Haltung gegen Garzweiler II ohne Kompromisse vertreten. Wir halten am Nein zu Garzweiler II fest. Wir wollen Garzweiler II auf jeden Fall und in jeder Form verhindern. [...] Mit einer politisch motivierten Genehmigung eines Rahmenbetriebsplans“ würde die SPD „die Koalition aufkündigen“<sup>84</sup>.

Eben dieser Fall trat um die Jahreswende 1997/98 ein. Die Umweltministerin erklärte die Rahmenbetriebsplangenehmigung für „politisch motiviert“, in Teilen für „rechtswidrig“ und „nicht akzeptabel“<sup>85</sup>. Dem Borkener LDK-Beschluss zufolge war damit die SPD aus der Koalition ausgestiegen<sup>86</sup> – es war nun an den Grünen zu entscheiden, ob sie diese Kündigung durch Rücktritte ihrer Minister akzeptierten<sup>87</sup>. Zur Klärung dieser Frage wurde für den 17. Januar 1998 eine Sonder-LDK nach Jüchen, einer Ortschaft am Rande des geplanten Abbaugebiets, einberufen. In deren Vorfeld mehrten sich aus der politischen Spitze Stimmen, die zunächst den verbleibenden Spielraum und die Kompetenzen der Umweltministerin prüfen wollten<sup>88</sup>. Darauf folgten Aufforderungen, weiter zu machen. Nur durch das Verbleiben in der Koalition gebe „es noch eine Chance [...], das Projekt zu verhindern“<sup>89</sup>. Auch die Umweltministerin hielt „eine Fortsetzung der Koalition für möglich und sinnvoll“, denn mit der Genehmigung des Rahmenbetriebsplans habe der Wirtschaftsminister „den Schlüssel aus der Hand gegeben“: Die Zuständigkeit für die noch ausstehenden wasserrechtlichen Erlaubnisse liege ausschließlich bei ihr<sup>90</sup>. Der Landesvorstandssprecher hielt die Zeit für gekommen, „offen zu[zuge]ben, daß wir den Mund zu voll genommen haben, als wir den Rahmenbetriebsplan zum Knackpunkt

nicht vorstellbar ist.“ *Joschka Fischer* erklärte in einem Interview mit dem GA vom 13.9.1996: „In der Grundsatzfrage Garzweiler steht unsere ökologische Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.“ Die realpolitisch orientierte umweltpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion sagte: „Sollte eine Entscheidung fallen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, dann platzt die Koalition.“ Vgl. WZ vom 22.10.1997.

83 Vgl. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen, *Sonderinfo Energie*-wende statt Garzweiler II, Düsseldorf, Januar 1997, S. 11, 21; Garzweiler No. Fakten, Argumente und Positionen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Oktober 1997, S. 5.

84 „Gemeinsam und kompromißlos gegen Garzweiler II“. Beschluss der LDK 18.-20.4.1997 in Borken.

85 dpa vom 5.1.1998; RP und KStA vom 6.1.1998; FR vom 19.1.1998. Dagegen betonte der SPD-Landesvorsitzende in einem Schreiben vom 23.12.1997 an die Vorstände der Bezirke und Unterbezirke, die Rahmenbetriebsplangenehmigung sei „keine politische Entscheidung“ gewesen und habe „nach Recht und Gesetz stattgefunden“. Auch wies er den Vorwurf der Rechtswidrigkeit als „unangemessen und falsch“ zurück. Vgl. RP vom 19.1.1998.

86 Der Wirtschaftsminister habe die „gemeinsame Arbeitsgrundlage verlassen“ erklärte die Umweltministerin. Vgl. Kölnische Rundschau (KR) vom 23.12.1997.

87 Vgl. die entsprechenden Ausführungen des Koalitionskritikers *Daniel Kreutz* in RP vom 7.1.1998.

88 *Kerstin Müller*, vgl. WP vom 23.12.1997; *Reiner Priggen*, vgl. KR vom 23.12.1997.

89 *Kerstin Müller*, RP-Interview vom 6. 1. 1998.

90 KStA, RP, taz vom 6.1.1998.

erklärt haben“. Die Grünen müssten in der Koalition ausharren und „bis zum Schluß kämpfen“<sup>91</sup>.

Wer die Entwicklung vor der Sonder-LDK aufmerksam beobachtete, ahnte bald, wie sich die Partei entscheiden würde<sup>92</sup>. Der Ausgang der Abstimmung war keineswegs so ungewiss, wie manche Glauben machen wollten. Spätestens als selbst der Naturschutzbund Deutschland<sup>93</sup> und Tagebaugegner aus der Braunkohleregion zur Fortsetzung von Rot-Grün aufriefen<sup>94</sup> (diese koalitionsfreundliche Haltung örtlich Betroffener unterschied die Jüchener LDK wesentlich von der Konstellation in Hamm), hatten diejenigen verloren, die in der Bereitschaft zum Ausstieg den Lackmустest für die Glaubwürdigkeit grüner Politik sahen. Dies mag auch daran gelegen haben, dass es den Gegnern einer Weiterführung von Rot-Grün nicht gelang, eine überzeugende politische Perspektive für die Zeit danach und die dann gegebenen Chancen einer Verhinderung des Abbauvorhabens zu entwickeln (auch das war ein Unterschied zu Hamm; damals bestand bis zuletzt die Möglichkeit, die SPD zum Einlenken in Sachen Flugplatzweiterung zu bewegen).

Die Sonderparteitagsdelegierten von Jüchen entschieden sich, auch mit Blick auf die im Spätsommer anstehende Bundestagswahl und – nicht ganz uneigennützig – um bei ihren kommunalpolitischen Engagements „den Rücken frei zu behalten“, mit 135 bis 144 gegen 95 bis 105 Stimmen für einen Verbleib der Grünen in der Regierung<sup>95</sup>. Ein Fünf-Punkte-Programm, das im Umweltministerium erarbeitet worden war, erleichterte der Mehrheit die Argumentation. Hiernach war Ministerin *Bärbel Höhn* erstens Herrin eines wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens, in dem es im Wesentlichen um die Wirksamkeit der Versickerungsmaßnahmen und die Aussagefähigkeit der Grundwassermodelle gehen würde. Zweitens wollte sie als Naturschutzministerin eine Verträglichkeitsprüfung nach der europäischen Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie durchführen und drittens das Risiko der Kippenversauerung prüfen. Darüber hinaus besitze sie – viertens und fünftens – in ihrer Eigenschaft als Landesplanungsministerin die Zuständigkeit für die Überprüfung der Sozialverträglichkeit der vorgesehenen Umsiedlungen und der energiewirtschaftlichen Grundannahme des Braunkohlenplans, deren Ausgang das Gesamtprojekt doch noch in Frage stellen könne<sup>96</sup>. Da spielte es keine Rolle, dass sowohl der ehemalige

91 StZ vom 7.1.1998; SZ vom 9.1.1998. Demgegenüber hatte sich der Landesvorstand bei vier zu vier pro und contra Koalition außerstande gesehen, der LDK eine Beschlussempfehlung vorzulegen. Vgl. Pressemitteilung 91/97 des Landesverbandes vom 5.1.1998.

92 Die Landtagsfraktion sprach sich mit 13 gegen acht Stimmen für die Koalition aus. Vgl. Protokoll der 96. Fraktionssitzung vom 13.1.1998.

93 Vgl. KStA vom 10.1.1998. Der BUND hingegen forderte die Grünen auf, die Koalition zu verlassen. Vgl. FR vom 13.1.1998.

94 Vgl. Beschlüsse der vom Tagebauvorhaben betroffenen KVe Neuss (Pressemitteilung des KV vom 9.1.1998) und Heinsberg (WP vom 13.1.1998) für den Verbleib in der Koalition sowie die von *Gerd Mai* (umweltpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion) verfasste Begründung des KV Heinsberg vom 9.1.1998 zu einem Antrag an die Jüchener Sonder-LDK: Im Engagement gegen das Jahrhundertprojekt Garzweiler II brauchen wir einen langen Atem; außerdem: AZ vom 9.1.1998.

95 Trotz mehrmaligen Auszählens war es nicht möglich, ein genaueres Ergebnis zu ermitteln. Vgl. WamS vom 18.1.1998.

96 Vgl. *Bärbel Höhn*-Interview, in: taz vom 23.9.1997; Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (MURL), Schwerpunkte der Prüfung wasserwirtschaftlicher und landesplanerischer Aspekte im Zusammenhang mit dem Braunkohlentagebau Garzweiler II (Fünf-Punkte-Programm), Sprechzettel der Ministerin vom 5.1.1998.

Umweltminister und nunmehrige SPD-Fraktionsvorsitzende („Ich bin ein SPD-Fundi“) als auch die „Fundis“ aus den eigenen Reihen davor warnten, die Wirksamkeit des Instrumentenkastens der Ministerin zu überschätzen<sup>97</sup>.

### 7. Rot-Grün im Abgrund: Die grüne Erlaubnis für Garzweiler II

Bereits um die Jahreswende 1996/97 hatten vier linke Abgeordnete in einer Analyse schonungslos mit der Koalition abgerechnet<sup>98</sup> und damit Eruptionen in Fraktion und Partei ausgelöst. Der Ausgang der Jüchener Sonder-LDK vertiefte nun die Gräben zwischen den drei Strömungen: Für manche Linken, darunter der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, blieb die Koalition mit der Rahmenbetriebsplangenehmigung beendet. Der Parlamentarische Geschäftsführer und Energieexperte der Fraktion verließ die Landespolitik, um auf kommunaler Ebene neu zu beginnen. Fortan dominierte das Bündnis aus Regierungslinken und Realos die NRW-Grünen<sup>99</sup>. Zur Sicherstellung von Mehrheiten auf den Fraktionssitzungen trafen sich die eineinhalb Strömungen jeden Dienstagmorgen vertraulich in einem Clubraum des Landtagsrestaurants<sup>100</sup>.

Wie tief die Gräben innerhalb der grünen Landtagsfraktion inzwischen waren, zeigte sich bald nach Jüchen: Als die Linken begeherten, die Position der Parlamentarischen Geschäftsführung wieder mit einer der Ihren zu besetzen, um entsprechend ihrem Gewicht in der Fraktion weiterhin in der Führung vertreten zu sein<sup>101</sup>, stießen sie auf eine Ablehnungsfront von Realos und Regierungslinken. Da die Koalitionskritiker die als Kompensation angebotene Besetzung der zwei Beisitzerposten zurückwiesen<sup>102</sup>, agierte zunächst ein Rumpfvorstand, dem die Linke ebensowenig angehörte wie dem 1999 mit zwei Realos komplettierten<sup>103</sup> Vorstand.

Auch die Vorgänge um den von der SPD im Frühjahr 1998 gewünschten Wechsel an der Spitze der Regierung dokumentierten die innergrüne Kluft: Nachdem *Johannes Rau* sich entschlossen hatte, als Ministerpräsident zurückzutreten, erklärte die SPD ohne Rücksprache mit dem Koalitionspartner, im April Wirtschafts- und Verkehrsminister *Wolf-*

97 Vgl. Landtag NRW, Plenarprotokoll 12/77 vom 20.1.1998, S. 6382 f.; *Daniel Kreutz*, taz-Interview vom 7.1.1998; eine äußerst kritische Bewertung verfasste der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion. Vgl. *Manfred Busch*, 5-Punkte-Programm. Vorlage zur Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Energie am 10.1.1998.

98 *Manfred Busch/Ingrid Fitzek/Daniel Kreutz/Alexandra Landsberg*, Denkschrift „Das Beispiel NRW – Erfahrungen und Perspektiven mit Rot-Grün“, in: *Andere Zeiten*, 1997, H. 1, S. 28 – 37.

99 Vgl. GA, taz und Tagesspiegel vom 27.4.1998.

100 Vgl. zum Beispiel die an zwölf Abgeordnete, die beiden grünen Minister, den grünen Staatssekretär im Bauministerium und den stellvertretenden Regierungssprecher gerichtete Terminierung der nächsten Treffen von Seiten der Fraktionssprecherin vom 8.10.1997.

101 Vgl. Schreiben der Fraktionsminderheit vom 2.3.1998 an den Landesvorstand.

102 Kritische Kommentare zur Haltung der Fraktionsmehrheit in KR und AN vom 11.3.1998. Zum Jahresende 1998 erhöhte die Mehrheit den Druck, indem sie der inzwischen kompromissbereiten Minderheit nur mehr einen Besitzerposten konzedierte. Vgl. vertrauliches Schreiben der Abgeordneten *Daniel Kreutz* und *Ingrid Fitzek* an die linken Fraktionsmitglieder vom 11.12.1998; GA vom 5.1.1999.

103 Vgl. Protokolle der 102. und der 137. Fraktionssitzung vom 10.3.1998 bzw. vom 19.1.1999.

gang Clement zum Regierungschef wählen lassen zu wollen<sup>104</sup>. Für Bündnis 90/Die Grünen war dies eine zwar nicht unerwartete, dennoch „bittere Pille“ insofern, als gerade dieser Kandidat in entscheidenden Punkten Positionen vertrat, die grünen Vorstellungen grundlegend widersprachen. Daher erklärten einige von ihnen, den sozialdemokratischen Amtsbewerber nicht wählen zu können<sup>105</sup> – wofür sie von den grünen Fraktionsspitzen in Bonn und Düsseldorf öffentlich gescholten wurden<sup>106</sup>. Obwohl die Garzweiler-Niederlage gerade drei Monate zurücklag und viele Delegierte bei ihrer damaligen Entscheidung gehofft hatten, mit einem Ja zur Koalition Neuwahlen und damit die Ministerpräsidentschaft des Wirtschafts- und Verkehrsministers verhindern zu können<sup>107</sup>, wählten die Grünen mehrheitlich ihren wichtigsten Kontrahenten zum Chef auch der eigenen Kabinettsmitglieder<sup>108</sup>.

Wie eine Bestätigung der Kritiker einer Fortführung von Rot-Grün und ihrer Warnung vor der Überschätzung des wasserrechtlichen Instruments, das die Umweltministerin in der Hand zu haben meinte („Der Ball liegt im grünen Spielfeld“), wirkte der erneute Garzweiler-Zwist im Herbst 1998. Mit der politisch motivierten Begründung, „der Ministerpräsident hat dafür den Bergleuten [...] sein Wort gegeben“<sup>109</sup> und es müsse der vom Bergbautreibenden gesetzte Zeitplan eingehalten werden, forderte die SPD vom Umweltministerium die zügige Erteilung der Erlaubnis zur Trockenlegung („Sümpfung“) des Abbaugebiets.

Gleichzeitig drückte Rheinbraun aufs Tempo<sup>110</sup>. Den Genehmigungsentwurf, den das Landesoberbergamt (LOBA) bald darauf fertigstellte, schickte die Umweltministerin („Ich gehe davon aus, daß es politische Einflußnahme gegeben hat“<sup>111</sup>) als nicht einvernehmensfähig zurück<sup>112</sup>. Weder die Kippenversauerung noch die Maßnahmen zum Schutz der Feuchtgebiete („Versickerung“) seien geklärt noch habe es die „unabdingbare“ FFH-Verträglichkeitsprüfung gegeben<sup>113</sup>. Dies war für die SPD der Anlass, parallel zu den Verhandlungen über die Bildung einer rot-grünen Bundesregierung die „Klippe“ Koalitionsündigung anzusteuern, „statt sie zu umschiffen“<sup>114</sup> – wobei sich das in NRW aufgebaute Beziehungsgeflecht als hilfreich erwies: Nicht allein der Bergbautreibende verlangte eine ihm genehme Entscheidung. Selbst Beamte nachgeordneter Behörden (LOBA-Präsident, Regierungspräsidenten) nahmen es sich heraus, die grüne

104 Johannes Rau, Erklärung nach der Sitzung des engeren Landesvorstandes der NRW-SPD am 16.3.1998 in Bonn, Manuskript, sowie Presse- und Informationsdienst der Landesregierung, Information der Landesregierung vom 17.3.1998.

105 Vgl. dpa NRW vom 16.4.1998.

106 Vgl. GA vom 21.4.1998; NRZ vom 6.5.1998.

107 Vgl. Die Welt und WAZ vom 12.1.1998; Daniel Kreutz, Garzweiler II oder die Sümpfung der NRW-Grünen. Denkschrift für Landtagsfraktion und Landesvorstand vom 12.11.1998, S. 1.

108 Bei der Ministerpräsidentenwahl enthielten sich acht Abgeordnete aus den Koalitionsfraktionen ihrer Stimme, vgl. Landtag NRW: Plenarprotokoll 12/87 vom 27.5.1998, S. 7168.

109 Klaus Matthiesen, KStA-Interview vom 11.9.1998.

110 Vgl. AN vom 12.9.1998.

111 Bärbel Höhn, in: KStA vom 3.10.1998.

112 Bärbel Höhn zufolge roch es „verdächtig nach Einflußnahme der SPD“. Vgl. WAZ vom 3.10.1998.

113 Vgl. öffentliche Erklärung des MURL vom 2.10.1998 und Sprechzettel der Ministerin für die Pressekonferenz am 5.10.1998.

114 Vgl. FAZ vom 2.10.1998. Wirtschaftsminister Bodo Hombach: „Uns ist die wasserrechtliche Erlaubnis wichtiger als die Koalition“, in: NRZ vom 7.10.1998.

Ministerin öffentlich zu kritisieren. Der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen legte ihr den Rücktritt nahe und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie drohte für den Fall weiterer Verzögerungen mit Stromabschaltungen<sup>115</sup>.

Führende Realos versicherten, an der Koalition festhalten zu wollen<sup>116</sup> – selbst wenn am Ende der ministeriellen Prüfung die wasserrechtliche Erlaubnis stünde<sup>117</sup>. Garzweiler II könne trotzdem verhindert werden, da Rheinbrauns Interesse an diesem Vorhaben sinke<sup>118</sup>. In der Tat wurde in jenen Tagen bekannt, dass das Schwesterunternehmen RWE Energie AG der Braunkohle (und damit Garzweiler II) eine wirtschaftlich wenig attraktive Zukunft bescheinigt hatte<sup>119</sup>. Daraufhin einsetzenden „realpolitischen“ Spekulationen über ein Aus für das Abbauvorhaben trat die Konzernmutter indes unverzüglich entgegen und RWE-Chef *Dietmar Kuhnt* versicherte dem neuen Ministerpräsidenten, dass das Unternehmen keinesfalls aus der Braunkohleverstromung aussteigen werde<sup>120</sup>.

„Dem Druck von Ministerpräsident *Clement*, Gewerkschaften und dem Energiekonzern RWE hatten die Grünen [...] nichts mehr entgegenzusetzen“<sup>121</sup>. Ende Oktober 1998 sandte das Umweltministerium dem Bergbautreibenden die geforderte wasserrechtliche Erlaubnis zu<sup>122</sup> – allerdings mit Auflagen befrachtet, so dass Rheinbraun sie als „Mogelpackung“ zurückwies<sup>123</sup>. Am Tag darauf verlangte *Clement* von *Höhn* ultimativ eine Erlaubnis, mit der der Bergbautreibende „etwas anfangen kann“<sup>124</sup> und begab sich nach Köln in die Hauptverwaltung der Rheinbraun AG, um mit der Unternehmensführung und der Umweltministerin den Text der Genehmigung auszuhandeln<sup>125</sup>. Nach dieser Nachsitzung erging der geforderte Bescheid. Damit war der Weg für den Aufschluss des Tagebaus ab 2006 frei<sup>126</sup>. „Das ist ein Tag der Freude für NRW“, verkündete der Ministerpräsident<sup>127</sup>, und die „Kumpel feier[te]n die Sümpfung“ mit Freibier<sup>128</sup>.

115 Vgl. FR vom 20.10.1998; RP vom 5.10.1998; KStA vom 6.10.1998; FAZ vom 7.10.1998. *Detlef Fahlbusch*, Landesbezirksvorsitzender der IGBCE, in: WDR 2, „Morgenmagazin“, am 27.10.1998.

116 Vgl. KStA vom 7.10.1998.

117 Fraktionssprecherin *Gisela Nacken*, vgl. NRZ und RN vom 7.10.1998.

118 Vgl. Bauminister *Michael Vesper* im WZ-Interview vom 10.10.1998.

119 Der dafür verantwortliche RWE Energie AG-Vorstandsvorsitzende *Roland Farnung* wurde kurzum in einer gemeinsamen Aktion des RWE-Aufsichtsratsvorsitzenden *Friedel Neuber* (SPD, Chef der WestLB) und des Vorstandsvorsitzenden der RWE AG vorzeitig entlassen. Vgl. StZ vom 27.10.1998.

120 Vgl. Berliner Zeitung (BZ) vom 27.10.1998.

121 *Klaus Bednarz* in ARD, „Monitor“, vom 5.11.1998.

122 Die AN vom 29.10.1998 meldeten, dass *Clement* und der SPD-Landesvorsitzende *Münteferring* der grünen Ministerin kurz zuvor „mit persönlichen Konsequenzen gedroht hatten“.

123 Vgl. KR vom 30.10.1998.

124 FR vom 30.10.1998.

125 Vgl. WDR-Fernsehen, „Aktuelle Stunde“, vom 30.10.1998; RP vom 31.10.1998; SZ vom 2.11.1998.

126 Vgl. „Grünes Licht‘ für Garzweiler II“, in: Recklinghäuser Zeitung vom 31.10.1998; „Garzweiler II: Grünes Licht für die Bagger“, in: DE vom 31.10.1998; „Ab 2006 können die Bagger rollen“, in: WN vom 31.10.1998.

127 WZ vom 31.10.1998.

128 WAZ vom 16.11.1998.

Für Bündnis 90/Die Grünen endete der Konflikt wie gewohnt. Zwar räumte dieses Mal die Umweltministerin ein, eine „Niederlage“ erlitten zu haben<sup>129</sup>; zugleich beharrte sie, dass sich an der „inhaltlichen Substanz“ des von ihr ursprünglich gebilligten Genehmigungsentwurfs im Vergleich zum endgültigen Bescheid „nichts Wesentliches geändert hat. Ich selber habe die mir wesentlichen, inhaltlichen Punkte in diesem Genehmigungsbescheid [...] halten können, ohne Wenn und Aber“<sup>130</sup>. Einen Textvergleich, den grüne Kollegen im Koalitionsausschuss und in der Fraktion erbat, ließ sie indes nicht zu. Während einer Sonderveranstaltung des Landesvorstandes und der Fraktionsspitze am 30. Oktober 1998 erhielt die Umweltministerin die breite Unterstützung der Anwesenden<sup>131</sup>. Der Landesvorstandssprecher forderte seine Partei auf, sich „mal mit anderen Themen [zu] beschäftigen“<sup>132</sup>.

Nach diesem Ausgang einer noch im Landtagswahlkampf 1995 für zentral erklärten Auseinandersetzung war zu Tage getreten, dass die Grünen in NRW „der SPD in die Falle gegangen“, ihren „strategischen Entscheidungen [...] ausgeliefert“ waren: Es gab nun keinen inhaltlichen Punkt mehr, für den sie bereit wären, „notfalls in der Opposition zu streiten“<sup>133</sup>. Daher wollte die realpolitische Strömung das Ende der Koalitionskonflikte sicherstellen<sup>134</sup>. 18 Monate vor der nächsten Landtagswahl schien es ihnen an der Zeit<sup>135</sup>, den linken Flügel zu marginalisieren oder ganz aus Landtagsfraktion und Partei hinauszudrängen<sup>136</sup>. Den Überlegungen folgend, die enge Vertraute *Joschka Fischers* in NRW niedergeschrieben hatten<sup>137</sup>, erklärte der Landtagsabgeordnete *Gerd Mai*, „auf der Grundlage der Positionen“ der Parteilinken sei „eine Verständigung nicht möglich. [...] Deshalb ist in NRW ein Klärungsprozess unausweichlich“<sup>138</sup>. Während *Bärbel Höhn* davor warnte, die Linke „herauszumobben“, begrüßte Bundesvorstandssprecherin *Gunda Röstel* (Reala) die losgetretene Debatte<sup>139</sup>.

Im weiteren politischen Alltag zeigte sich, dass kontroverse Abstimmungen fast durchweg entlang der Scheidelinie Realos/Regierungslinke versus Linke<sup>140</sup> mit den entsprechenden

129 RP vom 31.10.1998. In einem AN-Interview vom 22.4.1995 hatte *Bärbel Höhn* noch versichert: „Eine Umweltministerin [...] der Grünen würde nie weitere Schritte der Genehmigung machen.“

130 Deutschlandfunk (DLF), „Informationen am Abend“, vom 30.10.1998.

131 Allein der KV Dortmund verlangte ein paar Tage später den Rücktritt der grünen Minister (vgl. AN vom 5.11.1998). Kontroverser verlief die Debatte zur Sumpfungserlaubnis auf dem LPR am 29.11.1998 (vgl. NW vom 30.11.1998).

132 WDR 2, „Zwischen Rhein und Weser“, am 30.10.1998.

133 Vgl. zu solchen Überlegungen *Thomas Poguntke*, Die Bündnisgrünen in der Falle?, in: *Kommune*, 1999, Nr. 9, S. 42 – 43, hier S. 43.

134 Vgl. *Reiner Priggen*, Wir machen weiter, in: *Kontrapunkt*. Mitgliederzeitschrift des KV Düsseldorf, November 1998, H. 6, S. 11.

135 So *Gerd Mai*, in: WDR 5, „Westblick“, am 5.11.1998.

136 Vgl. WR vom 6.11.1998: „Realos in NRW drängen auf Trennung“.

137 Vgl. *Achim Schmillen/Wolfgang Schmitt/Felix Ensslin*, Die Zukunftsfähigkeit von Bündnis 90/Die Grünen in NRW, o.O., Februar 1997. Die Autoren riefen dazu auf, die Widersprüche innerhalb der Linken „dahingehend zu verschärfen, daß dies auch zur organisatorischen Trennung führt“.

138 *Gerd Mai*, Der Blick aufs Jahr 2000 ff: Neues NRW – nur mit uns! Strategiepapier vom November 1998, S. 1.

139 Vgl. FR vom 7.11.1998.

140 Die Zahl der Abgeordneten, die sich dieser Linken zurechneten, war – als Ergebnis des Ausscheidens zweier Fraktionsmitglieder und des Nachrückens anderer sowie eines Wechsels zu

Mehrheitsverhältnissen dauerhaft zugunsten der erstgenannten Gruppierung ausfielen<sup>141</sup>. Darauf gestützt arbeitete der Fraktionsvorstand zunehmend ohne Berücksichtigung von Minderheitsmeinungen<sup>142</sup>; abgesehen von den beiden linken Mitgliedern im Koalitionsausschuss<sup>143</sup> wurde die Minderheit im Wege des Aufbaus paralleler Informationskanäle und Entscheidungswege von der politischen Teilhabe weitgehend ausgeschlossen. Bei der Aufstellung der Reserveliste für die Landtagswahl 2000 fiel die Linke fast gänzlich durch<sup>144</sup>, so dass sie gegenwärtig nicht einmal halb so stark in der Fraktion vertreten ist wie in der 12. Wahlperiode.

#### 8. Bündnis 90/Die Grünen in NRW: ein „ideologischer“ Landesverband?

Ein recht vordergründiger Versuch einer Erklärung für die erneute „Häutung“ der NRW-Grünen<sup>145</sup> zielt auf eine angebliche Korrumpierbarkeit der in der ersten, zweiten und dritten Linie handelnden und entscheidenden Funktionsträger ab. „Machtgeilheit“, „Dienstwagen“, „Pöstchen“ mit entsprechend lukrativen Einnahmen hätten die Elitenbildung begünstigt<sup>146</sup>. Im Kernland sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Verflechtungen mit (halb-)öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen sei es der SPD gelungen, grüne Führungskader durch eine geschickte Pfründenvergabe ihrer Basis, vor allem auch den Bürgerinitiativen, zu entfremden. Im Gefolge ihrer von der SPD vorangetriebenen „Domestizierung“ habe die neue bündnisgrüne Oberschicht grüne Grundsätze nolens volens preisgegeben<sup>147</sup>.

Diese These kann vor allem deshalb nicht überzeugen, weil nicht zu belegen ist, dass relevante oder überwiegende Teile der bündnisgrünen Funktionsträger irgendwelchen sachfremden Verlockungen erlegen wären. Zwar mögen hier und da Anhänglichkeiten an Privilegien auffällig geworden sein, die aus der Wahrnehmung parlamentarischer oder

den Regierungslinken – von elf (am Vorabend der Hammer LDK) auf inzwischen allenfalls acht geschrumpft.

141 Vgl. dazu die Protokolle der Fraktionssitzungen von 1998 bis zum Ende der 12. Wahlperiode.

142 Vgl. GA vom 5.1.1999. Ursprünglich war die Berücksichtigung von Minderheitsmeinungen ein zentrales Anliegen der Grünen, die in ihrem ersten Bundesprogramm sogar gefordert hatten, einen Minderheitenschutz ins Parteiengesetz einzuführen. Vgl. Ina Kahl-Lüdtke, Entstehungsvoraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen grüner Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Münster/Hamburg 1992, S. 82.

143 Dies waren die Landesvorstandssprecherin, die ihm qua Amt, und der sozialpolitische Sprecher, der ihm aufgrund von Wahl durch eine LDK angehörten.

144 Zu den Vorarbeiten hierfür vgl. NRZ und SZ vom 29.10.1999.

145 Vgl. KStA vom 17.5.1999.

146 Vgl. Focus vom 2.11.1998; WamS vom 23.5.1999; Die Woche vom 19.5.2000; WZ vom 17.6.2000; Paul Tiefenbach, Die Grünen: Robert Michels zufolge auf dem Weg von der Bewegungs- zur Normalpartei, in: ZParl, 28. Jg. (1997), H. 4, S. 725-731, hier S. 726 f.

147 Vgl. Eckhard Stratmann-Mertens u.a., Gestalten oder gestaltet werden? Zur Dialektik von Mitregieren und inhaltlich-programmatischer Entwicklung der Grünen, Anmerkungen zum Strategiekongress von Bündnis 90/Die Grünen NRW am 30.1.1999. Heribert Prantl, Rot-Grün. Eine erste Bilanz, Hamburg 1999, S. 29, vergleicht die „Metamorphose der Grünen“ mit der Wandlung der ursprünglich revolutionär-fortschrittlichen Burschenschaften „zum Juniorpartner des Establishments“.

exekutiver Aufgaben herrührten<sup>148</sup>. Dennoch dürfte es unzulässig sein, aus derartigen Einzelfällen auf politische Entwicklungen im Ganzen zu schließen.

Tatsächlich war es eher so, dass die Grünen unter Koalitionsbedingungen an sich selbst einen Wandel erfuhren, dem zu viele nichts Substanzielles entgegenzusetzen hatten: Sie mussten neue Verhandlungsstile einüben, lernten bis dahin ungewohnte Kommunikationsmuster kennen, sahen sich vermeintlichen Sachzwängen ausgesetzt<sup>149</sup>, erkannten Mitwirkungschancen und wurden an weitreichenden Entscheidungen beteiligt<sup>150</sup>. Gleichzeitig – und dies irritierte die meisten Akteure (unabhängig von ihren strömungspolitischen Neigungen) kräftig – mussten sie Zurecht- und Zurückweisungen hinnehmen und erkennen, dass sie von den „arcana imperii“ wie in Zeiten der sozialdemokratischen Alleinregierung ferngehalten wurden.

Trotz verschiedener Strategiedebatten in der Landtagsfraktion und eines NRW-Strategiekongresses setzte sich die Erkenntnis einer gestuften Beziehung (von schroff ablehnend über widerstrebend bis zu konzilient) des Koalitionspartners zu Bündnis 90/Die Grünen nicht durch. Ein Grund dafür war, dass selbst der „linke“ NRW-Landesverband viel weniger ideologisch festgelegt war<sup>151</sup>, als ihm vorgeworfen wurde<sup>152</sup>. Das theoretische „Rüstzeug“, die Wahrnehmung politischen Einflusses in der Gesellschaft vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Interessen und Macht zu betrachten, fehlt(e) weitgehend. Statt dessen, spöttelte die FAZ, gehörte zum politischen Handwerkszeug der Grünen „die Lupe, mit der kleinste Sprünge riesengroß erscheinen“<sup>153</sup>. Daher: „Ideologisch“ an den Grünen in Nordrhein-Westfalen war und ist allenfalls eine gewisse Hartnäckigkeit bei der Formulierung von Forderungen, eine anfängliche Intransigenz und zuweilen Intoleranz anderen Perspektiven gegenüber – aber all dies immer noch buntscheckig und radikal plural<sup>154</sup>.

Dies mag auch erklären, weshalb sich die Grünen nicht dazu verstehen konnten, ihre Anliegen programmatisch zu hierarchisieren, sondern sie nahezu gleichberechtigt nebeneinander stellten<sup>155</sup>. Für den „Knackpunkt“ Garzweiler II waren im Landtagswahlprogramm 1995 gerade einmal 25 Zeilen reserviert; für die „bürgeroffene Verwaltung“ stand mehr

148 Vgl. dazu Verena Krieger, Was bleibt von den Grünen?, Hamburg 1991, S. 18, 46 f.

149 Vgl. Paul Tiefenbach, a.a.O., S. 728.

150 Dies ist die sogenannte „Mitspracheoption“, vgl. Hans-Albert Lennartz, Verändern und bewahren – zur Reformtheorie von Bündnis 90/Die Grünen, in: Opposition als Triebkraft der Demokratie, Hannover 1998, S. 452 – 461, hier S. 455.

151 Vgl. Hermann Drummer, Die „Grünen“ zwischen Fortschritt und Tradition. Die grün-alternative Bewegung und ihre Bedeutung im politischen Kräfteverhältnis der Bundesrepublik, Konstanz 1990, S. 7. Positiv gewendet bei Helmut Wiesenthal, Profilkrisis und Funktionswandel. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis, in: APuZ, 2000, Nr. B 5, S. 22 – 29, hier S. 24, 29.

152 Zum Beispiel von Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen vor der Entscheidung, in: Lothar Probst (Hrsg.), Kursbestimmung: Bündnis 90/Grüne. Eckpunkte künftiger Politik, Köln 1994, S. 28 – 33, hier S. 31.

153 FAZ vom 11.7.1996.

154 Vgl. Joachim Raschke, Die Grünen. Was sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 135.

155 Mitursächlich hierfür ist sicher die Vielfältigkeit grüner Herkünfte, vgl. Ina Heidtmann, Die öko-alternative Bewegung „Die Grünen“. Gesellschafts- und bildungspolitische Perspektiven, Diss. Aachen 1995, S. 105 ff., 209 ff.; Joachim Raschke, Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn, Marburg 1991, S. 19 ff.

als das Doppelte zur Verfügung. Diese prinzipielle „Gleichberechtigung“ unterschiedlich zu gewichtender Themen erleichterte die Beseitigung koalitionspolitischer Stolpersteine: Wenn zum Beispiel die Einrichtung eines Referats für gleichgeschlechtliche Lebensformen im Sozialministerium ebensolches Gewicht besitzt wie die Streitthemen der LDK von Hamm, dann kann eine Bewertung der Erfolge einer Koalition nicht mit der Waage vorgenommen werden; stattdessen kann man sich das Ergebnis an den Fingern abzählen. So war denn auch die Hammer LDK ein eindrückliches Lehrstück für die relative Beliebtheit der politischen Themen, mit denen Bündnis 90/Die Grünen meinten, künftig ihr „Profil schärfen“ zu können. Neben den erwähnten Erwägungen, die für eine Fortsetzung der Koalition sprachen, wurde die Delegiertenentscheidung wesentlich dadurch mitbestimmt, dass es verschiedenen Interessengruppen (von denen einige nicht einmal grün-nahe waren) gelang, die Erfüllung ihrer sektoralen Wünsche gegen zentrale Probleme des ökologischen Umbaus auf dem Gebiet der Verkehrspolitik aufzuwiegen. Da meldeten sich die Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung ebenso wie der Flüchtlingsrat, die soziokulturellen Zentren und der Verkehrsclub Deutschland, die Aids-Hilfe NRW und der Fahrgastverband Pro Bahn, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Westfalen, das autonome Frauenhaus in Witten, die Initiative Pro Holzfenster oder der gemeinnützige Verein für die Verständigung von Rom und Nicht-Rom und viele andere mehr. Gemeinsam zweifelten sie an der grundsätzlichen Bedeutung des Konflikts für den weiteren Umgang der Koalitionspartner miteinander und für die reformpolitischen Perspektiven insbesondere auf den zentralen Feldern Wirtschaft und Verkehr. Daher verlangten, erbateten, forderten sie auf, Rot-Grün „nicht am Festhalten einer winzigen Passage auf Seite 184 [des Koalitionsvertrages] scheitern“ zu lassen<sup>156</sup>.

Einzig und weit über allen sonstigen Themen thronte in und nach Hamm das Thema Garzweiler II. Hierfür, so lautete die Parole, müssten alle anderen Konflikte (gleichberechtigt) zurückstehen<sup>157</sup>. Damit war das Tor für die weitere Ausrichtung der Koalition an den Belangen der Wirtschaft ebenso geöffnet wie der Rückzug der Grünen aus dem ökologischen Umbau-Vorhaben programmiert<sup>158</sup>: In der Folgezeit scheiterte die Implementation von Ökoabgaben, und der Finanzminister machte sich daran, den 50-prozentigen Landesanteil am Düsseldorfer Flughafen – ohne Auflagen im Sinne der Koalitionsvereinbarung und damit gegen den Willen der Grünen – an die zum RWE-Konzern gehörende Hochtief AG zu veräußern. Als dann die Genehmigungen für den Braunkohlentagebau anstanden, erwies sich, dass die Preisgabe dieser Essentials nicht die Vorausset-

156 Schreiben des Naturschutzbundes Deutschland, Stadtverband Aachen, vom 29.2.1996 an die Fraktionssprecherin und an den Landesvorstandssprecher. Eine Sammlung einer Vielzahl von Anschreiben zur bevorstehenden Hammer LDK-Entscheidung im Archiv des Verfassers. Es war dies übrigens der Beginn eines Auseinanderfallens der außerparlamentarischen gesellschaftlichen Basis der Grünen in NRW.

157 Vgl. FR vom 23.12.1997.

158 „Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass rot-grüne Regierungspolitik [...] ziemlich weit weg von dem agiert, was in den achtziger Jahren [...] als ‚sozialökologisches Reformprojekt‘ beschrieben wurde“, analysierte Realo *Hubert Kleinert* (Wohin führt der Weg der Grünen?, in: schrägstrich, 1999, Nr. 9/10, S. 22 – 24, hier S. 22) zutreffend. Ähnlich von links *Micha Brumlik*, Ernstfall Grün, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1999, S. 647 – 652, hier S. 649 f.

zung für einen Erfolg im Streit gegen Garzweiler II war, sondern die Vorwegnahme des Misserfolgs.

### 9. Die neuen Grünen in einer neuen Koalition

Im Mai 2000 büßten Bündnis 90/Die Grünen im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 2,9 Prozentpunkte ein. Mit 7,1 Prozenten standen sie dennoch genauso da wie bei der Europawahl 1999, besser als bei der Bundestagswahl 1998 und nur wenig ungünstiger als bei der Kommunalwahl 1999. Welchen politischen Bedeutungsverlust sie tatsächlich erlitten, erhellen indes die Stimmenverluste: Gegenüber 1995 verloren die Grünen rund 313.000 oder 38 Prozent der Stimmen<sup>159</sup>. Für die SPD, die ebenfalls Verluste hatte hinnehmen müssen, trotzdem aber stärkste Parlamentsfraktion blieb, eröffnete das Wahlergebnis neue Perspektiven: Statt mit den ungeliebten Grünen konnte sie auch mit der wieder in den Landtag eingezogenen FDP koalieren – wofür weitgehende Übereinstimmungen in wirtschafts-, technologie- und verkehrspolitischer Hinsicht sprachen.

Dennoch zog die „gelbe Karte“ nicht. Es kam – auch auf Druck der SPD-Spitze in Berlin<sup>160</sup> – zu einer zweiten Runde für Rot-Grün in Düsseldorf. Wie der erste zeichnet sich auch der zweite Koalitionsvertrag durch eine Fülle politischer Lyrik aus; dennoch ist er in jenen Themen, die Rot-Grün bisher nahe an den Abgrund geführt hatten und bei denen der größere Partner sich weiterhin durchzusetzen gewillt ist, klar konturiert:

- (1) An die Stelle der seitenlangen Aufzählung von Straßenbauprojekten, die nicht oder nicht wie ursprünglich vorgesehen realisiert werden sollten (1995), ist die Enumeration von Vorhaben getreten, die gebaut werden – darunter das Bochumer Teilstück der DüBoDo. Die neue Fraktionssprecherin erklärte dazu, Autobahnen seien „kein landespolitisches Thema“<sup>161</sup>.
- (2) Statt eines „Einstieg[s] in luftverkehrsdämpfende politische Maßnahmen“ (wie 1995) wird die „Erfüllung der Nachfrage nach Luftverkehrsleistungen“ als Ziel der Landespolitik definiert. Am Flughafen Köln/Bonn strebt Rot-Grün statt der „Einführung einer Kernruhezeit von zwei Stunden, die schrittweise auszudehnen ist“, nun freiwillige Vereinbarungen mit den Frachtflugcarriern an. Wie die gesamte Luftfahrtinfrastruktur soll auch der Verkehrslandeplatz Dortmund „als Wirtschafts- und Standortfaktor“ gesichert werden.
- (3) „Garzweiler II“ wird im neuen Koalitionsvertrag an keiner Stelle erwähnt. Bei den Ressortzuschnitten verzichten die Grünen auf die Zuständigkeit der Umweltministerin für die Landesplanung<sup>162</sup>. Mit der damit verbundenen Aufgabe der Kompetenz

<sup>159</sup> Zum Vergleich: SPD minus 18 Prozent, CDU trotz Parteispendenkrise nur minus 13 Prozent, FDP plus 116 Prozent. Vgl. den Beitrag von *Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann* in diesem Heft der ZParl, S. 123 – 144.

<sup>160</sup> Vgl. Die Zeit vom 31.5.2000.

<sup>161</sup> Interview in WZ vom 16.6.2000.

<sup>162</sup> *Wolfgang Clement*: „Jetzt sind die Bremsklötze weg. [...] Mein Ziel ist ganz trocken gesagt: Wir wollen bei den Genehmigungsverfahren [...] die schnellsten in Europa werden.“ (Inter-

für die Überprüfung der energiewirtschaftlichen Grundannahme und die Sozialverträglichkeit der Umsiedlungen verbannen die Grünen ihr Fünf-Punkte-Programm von Jüchen ins Archiv. Garzweiler II wird aus dem politischen Raum eskamotiert und den unternehmerischen Entscheidungen des RWE-Konzerns im deregulierten Strommarkt überantwortet: „Das Problem ist vom Tisch“, erklärte die Umweltministerin unisono mit ihrem Ministerpräsidenten und fügte hinzu: „Der Markt regelt das“<sup>163</sup>.

Es wäre indes unzutreffend anzunehmen, der Koalitionspartner hätte den Grünen die Räumung vieler Positionen von 1995 aufgenötigt. Insofern treffen auch die journalistischen Bilder nur zum Teil ins Schwarze, denen zufolge sich die Grünen aus „Angst vor dem Sturz in die politische Bedeutungslosigkeit“ so klein gemacht hätten, „dass sie unter der Türschwelle der Düsseldorfer Staatskanzlei hindurch [...] kriechen konnten“, woraufhin sie von der SPD „zwar mit den Insignien der Macht“ ausgestattet wurden, doch nach einer „Operation am offenen Herzen“ „klein mit Hut“ dastünden<sup>164</sup>. Richtig scheint vielmehr, dass sich Bündnis 90/Die Grünen bewusst von ihren „altlinken Traditionsbeständen“<sup>165</sup> trennten. Der Paradigmenwechsel, der sich in den fünf Jahren der ersten rot-grünen Koalition vollzog, lässt sich auch gut an einem Vergleich der Präambeln zu den beiden Koalitionsvereinbarungen ablesen. Damals wie heute tauchen unverzichtbare Schlüsselbegriffe wie „Reform“, „Nachhaltigkeit“, „Ökologie“ und „Gerechtigkeit“ auf; doch damals waren Topoi wie „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ oder „Wachstum“ nur je einmal, „Wettbewerb“ und „Effizienz“ je zweimal vertreten. Im neuen Koalitionsvertrag hagelt es solche und ähnliche Termini aus dem Wörterbuch des Neoliberalismus: Dreimal ist die Rede von „offensiv“ beziehungsweise „Offensive“, ebenfalls dreimal wird das „Wachstum“ beschworen; zehnmal wird an die „Eigenverantwortung“ der Bevölkerung appelliert, elfmal werden „Wettbewerb“ und „Konkurrenz“ ins Spiel gebracht, 13mal wird die „Effizienz“ zum Maßstab der Bewertung und 14mal steht die „Leistung“ im Mittelpunkt. Mit diesem Koalitionsvertrag wurde gewiss die alte „Konfliktkoalition“<sup>166</sup> rückstandsfrei entsorgt, und etwas Neues kam auf den Markt. Aber ist in der Packung noch drin, was außen drauf steht: Rot-Grün?

*Stefan Bajohr*

view mit Der Stern am 15.6.2000); *Bärbel Höhn*: „Wer kennt mich als Raumplanungsministerin?“ (WDR-Fernsehen, „Der Preis der Macht“, am 14.6.2000).

163 WAZ vom 24.5.2000; NRZ vom 24.5.2000.

164 HB vom 19.6.2000; WamS vom 18.6.2000; RP vom 23.5.2000; StZ vom 8.6.2000.

165 Vgl. *Michael Vesper*, Im besten Sinne liberal, Denkschrift o.O., o.J. (Juni 1999), S. 2; vgl. auch *Reinhard Loske* u.a., Nachhaltige Innovationen für Nordrhein-Westfalen. Papier für den Strategiekongress von Bündnis 90/Die Grünen NRW am 30.1.1999.